



60 Jahre VVN Karlsruhe

Festakt

5. Januar 2008



Urheberrecht und Persönlichkeitschutz: Die folgenden 10 Portraits des Widerstands aus Karlsruhe, der CD zum Festakt entnommen, sind Eigentum der VVN-BdA Karlsruhe. Eine Weitergabe an Dritte setzt das Einverständnis der VVN-BdA Karlsruhe voraus.

Anlage: Portraits, Seiten 1-27

Kontakt: VVN-Bund der AntifaschistInnen
Kreisvereinigung Karlsruhe
Dr. Dietrich Schulze
dietrich.schulze@gmx.de

23.01.2012

Porträts des Widerstands aus Karlsruhe VVN-Aktive der ersten Stunde

Der Hitlerfaschismus verfolgte zahlreiche Menschen aufgrund ihrer „Rasse“, Religion, ihrer Sexualität oder sozialen Zugehörigkeit, unabhängig davon, wie Menschen dieser stigmatisierten Gruppen sich persönlich zum Regime stellten. Juden, Sinti und Roma wurden dabei die größten Opfergruppen mit allein 180.000 ermordeter Juden und 23.000 „Zigeuner“ aus Deutschland. Von Anfang an verfolgten die Nazis ihre politischen Gegner, gemäß ihrem Duktus als „Marxisten, Bolschewisten“, wobei sie darunter unterschiedslos Sozialdemokraten, Kommunisten und GewerkschafterInnen subsumierten. Aus diesen Reihen war unmittelbar nach der Machtübergabe 1933 Widerstand geleistet worden, hatten diese Kräfte doch die Auseinandersetzung gegen den Nationalsozialismus bereits zuvor geführt. So traf die Welle der „Schutzhaft“ in Karlsruhe im März bis Mai 1933 vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Allein in den „März-Razzien“ nach den Reichstagswahlen 1933 meldete der Polizeibericht für Karlsruhe über 100 Festnahmen. Darunter waren Persönlichkeiten wie Ludwig Marum, SPD-Reichstagsabgeordneter (1934 im KZ Kislau ermordet); Kunigunde Fischer (SPD), erste Frau im badischen Landtag; Leopold Rückert, Vorsitzender des Zentralverbandes der Angestellten und SPD-Landtagsabgeordneter; Friedrich Töpfer, Mitbegründer des Zentralverbandes der Angestellten (später Karlsruher OB 1947-1952), alle örtlichen Gewerkschaftsvorsitzenden bis auf den flüchtigen Gustav Schulenberg (1940 in Frankreich verhaftet und 1944 im KZ Dachau umgekommen); der KPD-Landtagsfraktionsvorsitzende Robert Klausmann (nach seiner Flucht aus dem KZ Kislau im Herbst 1933 organisierte er von Strassbourg aus die illegale KPD-Arbeit in Baden); auch der Karlsruher KPD-Ortsgruppenleiter Clemens van Uehm (später im Vorstand des VVN-Kreisverbandes Rastatt); ebenso aber auch die jüdischen Ärzte Dr. Eduard Kahn (konnte 1935 in die USA flüchten) und Dr. Otto Wimpfheimer (er nahm sich 1937 aus Verzweiflung über sein Berufsverbot das Leben), weil sie den Nationalsozialisten neben ihrer jüdischen Herkunft wegen ihrer sozialen Hinwendung zu Sozial schwachen verhasst waren.¹

Neben den aufgelösten und verbotenen Gewerkschaften und Parteien wurden auch alle Vereine der Arbeiterbewegung (Naturfreunde, Arbeiterwohlfahrt, Sport-, Gesang- und Fachvereine) verboten. Der Faschismus zielte darauf ab, die selbständige Organisation entlang von sozialen und Klasseninteressen zu vernichten, um die inszenierte „Volksgemeinschaft“ nationalistisch und chauvinistisch auszurichten und kriegsbereit zu machen. Trotzdem waren es besonders in den Anfangsjahren des Faschismus immer wieder politisch Bewusst, vor allem aus den Arbeiterparteien, die sich organisierten, den alten Zusammenhang wieder herstellten und der nationalsozialistischen Propaganda Widerstand entgegen setzten. Im Nachhinein mag festgehalten werden, dass die Organisationen Arbeiterbewegung dessen Fähigkeit zur brutalen Ausschaltung Andersdenkender unterschätzte, vor allem die Fähigkeit, breite Massen in ihre antidemokratischen, rassistischen und militaristischen Denkschablonen einzubinden. So blieb der erste Widerstand, der organisatorisch etwa bis Ende 1935/36 in Karlsruhe und Umgebung organisiert werden konnte, ohne großen Erfolg. Nichtsdestotrotz war er Beispiel für Mut und Zeugnis von Alternativen zu 1933 und er musste zwangsläufig Kristallisationspunkt für die Zeit nach dem Ende des Faschismus sein.

Die Formen des Widerstandes werden in der Geschichtsforschung stark ausdifferenziert eingestuft, von der auf Umsturz zielenden Handlung bis zum nonkonformen Verhalten. Gewiss stand die Mehrheit der Deutschen dem NS-Regime zustimmend oder höchstens gleichgültig gegenüber oder wie der Karlsruher Widerstandskämpfer und Kommunist Friedrich K.H. Dietz 1947 rückblickend in Bezug auf die eigene propagandistische Widerstandstätigkeit urteilte „aber die Resonanz im Volke war gering. Es war dem Nazismus restlos verfallen.“² Der tatsächliche Widerstand lässt sich nach Trägergruppen differenzieren. Der aus Staatsräsongründen in Deutschland nach wie vor hoch gehaltene nationalkonservative Widerstand (u.a. die militärbürgerliche Opposition im Zusammen der

Sudetenkrise 1938, in erster Linie aber der Staatsstreichversuch um den 20. Juli 1944, in Karlsruhe s.u.), protestantischer und katholischer Widerstand, der allerdings im Gegensatz zu den verbotenen „Zeugen Jehovas“, die in Karlsruhe um Hans Hildenbeutel (20.2.1897 - 11.4.1941 KZ Mauthausen) ihre Schrift- und Organisationsstrukturen wahrten, nicht organisiert war, standen beide konfessionellen Amtskirchen nicht in Opposition zum Faschismus, jedoch einzelne ihrer Vertreter (in Karlsruhe z.B. die protestantischen Pfarrer Erwin Eckert und Heinz Kappes, ihr Widerstand hatte zusätzlich einen kommunistischen bzw. sozialdemokratischen Hintergrund; ein weiteres Beispiel ist der katholische Pfarrer Dr. Richard Dold von der St. Bonifatius-Gemeinde)³, Jugendopposition (z.B. Swing-Jugend, „Bündische Umtriebe“, Edelweißpiraten, hierzu ist in Karlsruhe nichts bekannt geworden) und der bereits zuvor genannte Widerstand aus den Reihen der damaligen Arbeiterbewegung.

Reinhold Frank wurde am 23. Januar 1945 in Berlin-Plötzensee wegen seiner Verbindung zum 20. Juli 1944 hingerichtet. Er hatte bis 1933 der Zentrumspartei angehört, die im Gegensatz zur SPD und KPD keinen organisierten Widerstand leistete, und war Stadtverordneter. Frank hatte seit 1933 Kontakte zu Hitlergegnern gehalten und in Karlsruhe und darüber hinaus einen engeren rund zehnköpfigen Kreis aus Christen und ehemaligen Zentrumsmitgliedern gebildet und lockere Verbindung zu ehemaligen Sozialdemokraten gehalten. „Sich bereithalten“, für die Zeit nach dem Nationalsozialismus, dürfte dieses Verhalten kennzeichnen.⁴ Nicht organisiert liefen viele widerständige Verhaltensweisen von Einzelpersonen ab, die von Unmutsäußerungen, Verweigern des Hitlergrußes, über Hilfe an Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern, „Feindsender“-Hören, bis Wehrkraftzersetzung reichten. Letztere beinhaltete in der Zeit des „totalen Krieges“ bereits die Empfehlung von Eltern an den Sohn, zu versuchen, nicht an die Front zu kommen (dafür wurden das Karlsruher Ehepaar Emma und Erwin Granget 1944 hingerichtet). Eine exakte Zahl der Todesopfer durch die Verfolgung ist unbekannt und dürfte kaum mehr rekonstruierbar sein. Eine lückenhafte Aufstellung aus der Nachkriegszeit geht von 61 politischen verfolgten Todesopfern aus (siehe unten). In Gefängnissen, Zuchthäusern, Konzentrationslagern saßen vermutlich 600 bis 700 Verfolgte und Widerstandskämpfer aus Karlsruhe.⁵

Von den Arbeiterparteien war die KPD am ehesten in der Lage, sich auf die Illegalität einzustellen. Sie hielt die Strategie des Sturzes des Faschismus im Auge, ihre Anhänger bewiesen den höchsten Mut, zahlten für diese Parteitaktik aber auch den höchsten Zoll an Verhafteten und schließlich Todesopfern. Unmittelbar nach der Verordnung zum „Schutz von Volk und Staat“ vom 28. Februar 1933 war die Parteiorganisation in konspirative Dreierzellen verändert worden, die keine direkten Beziehungen zueinander hatten und von einer illegalen Führung angeleitet, wobei insbesondere bis etwa 1936 in großem Ausmaß zehntausende von Flugblättern und Druckschriften zur Verteilung kamen. Ein Polizeibericht hielt fest, „das ganze Jahr 1933 hindurch hat die KPD in Karlsruhe im Geheimen eine rührige Tätigkeit entfaltet, insbesondere durch die Verbreitung von Handzetteln und Flugschriften...Für jeden Stadtteil war eine Person bestellt, die die Verteilung der Flugblätter zu besorgen hatte.“⁶ Die Druckschriften kamen anfangs vom Elsaß, maßgebend war der frühere KPD-Landtagsabgeordnete Robert Klausmann, später kamen Schriften auch aus der Schweiz. Bei einem dieser Grenzübertritte wurde August Dosenbach am 20./21. Oktober 1933 von Gestapobeamteten erschossen. Zusätzlich war es bereits ab März 1933 gelungen, eine in Karlsruhe, später in Linkenheim produzierte eigene Zeitung, die „Trotz-alledem-Rote-Fahne“ zu verbreiten. Im zweiten Halbjahr 1933 und Anfang 1934 waren 62 Kommunisten verhaftet worden.⁷ Die illegale KPD-Leitung in Karlsruhe hatte 1933 Gustav Kappler inne (siehe sein Porträt), nach seinem Weggang wegen der Verhaftungsgefahr konnte Friedrich K.H. Dietz (siehe sein Porträt) noch bis 1935 diese Stelle wahrnehmen, ehe er in die Schweiz fliehen musste. Das KPD-Netz konnte noch bis 1936 immer wieder neu geknüpft werden. Der letzte Versuch, aus den Erfahrungen des Aderlasses ständiger Verhaftungen und Aburteilungen, von der Druckschriftenverbreitung zu mündlicher Ansprache überzugehen, konnte nicht mehr umgesetzt werden. Die letzte dazu gebildete Gruppe, zu der auch Otto Elsenhans (siehe

sein Porträt) gehörte, wurde im Sommer 1936 ausgehoben. Mit ihm wurden zusammen 15 Widerstandskämpfer im Januar 1937 vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe im letzten Prozess gegen Kommunisten angeklagt und zu drei bis vierjährigen Haftstrafen verurteilt.

Obwohl bereits im März 1933 führende Funktionäre der SPD verhaftet worden waren, hielt die Partei bis in den Mai den Kurs des „legalen Vorgehens“ bei. Mit der dann erfolgten Verlegung eines Teils des Parteivorstandes ins Ausland (Exil-SOPADE in Prag), der in Deutschland verbleibende Teil war mit dem Parteiverbot am 22.6.1933 erledigt, begann der organisierte Widerstand der SPD im Untergrund. Von Frankreich aus erfolgte das Einschmuggeln sozialdemokratischer Schriften und Zeitungen nach Südwestdeutschland. Der ehemalige badische Landesvorsitzende Georg Reinbold unterhielt auch Kontakte nach Karlsruhe. Zusammen mit dem Karlsruher sozialdemokratischen Stadtverordneten bis 1933, Friedrich Weick, baute er in der Region ein Netz zur Verteilung der Druckschriften auf. Weick begab sich dabei teils selbst nach Strasbourg, um Materialien und Geld zu besorgen. Das Netz flog im November 1933 auf und Friedrich Weick wurde im Juni 1934 zu zwei Jahren und acht Monaten Haft Zuchthaus verurteilt, kam später in das „Batallion 999“, wo er kurz vor Kriegsende umkam. 1934 konnte die Gestapo weitere zwei SPD-Kreise um Walter Knobloch, ehemals SPD-Vorsitzender von Hagsfeld und dem Gewerkschaftssekretär August Jülp aufdecken. Zuletzt wurde im Mai 1935 der letzte namhafte illegale SPD-Widerstand zerschlagen, die Gruppe um Hermann Walter, Karl Konz, zu der auch der jugendliche Hellmut Stutz (siehe sein Porträt) gehörte.

Durch die „Erfolge“ der Gestapo und aufgrund der helfenden Rolle der Justiz, war der bis 1936 aufrecht erhaltene organisierte Widerstand an sein Ende gekommen, danach konnten in Karlsruhe keine Strukturen für den sichtbaren Zusammenhalt nach außen mehr gebildet werden. Auch mit dem Beginn des Krieges kam es in Karlsruhe im Gegensatz zu Mannheim bspw. mit der Lechleiter-Gruppe oder in Stuttgart mit der Gruppe Schlotterbeck nicht mehr zu einem organisierten und angeleiteten Widerstand. Es blieben lediglich persönliche informelle Zusammenhänge bestehen.

Es waren in Karlsruhe vor allem Männer und die (wenigen) Frauen des organisierten Widerstandes der Arbeiterbewegung, mit Ausnahmen wie bspw. Otto Hafner (siehe sein Porträt), Eugen Heydt als Jude oder dem wegen seiner „halbjüdischen“ Herkunft verfolgten Heinold Hirsch,⁸ welche später das Rückgrat der VVN bildeten, trotzdem oder obgleich satzungsmäßig neben den politischen Verfolgten, auch die „rassisch“ und religiös Verfolgten eingeschlossen waren. Ziel des seit 1946 in Württemberg-Baden bestehenden „Landesausschuss der politisch Verfolgten des Naziregimes“, seit 1947 VVN – Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - war gemäß der Satzung⁹ und in dieser Reihenfolge 1. die Betreuung der aus Lagern und Gefängnissen zurückgekehrten verfolgten Häftlinge, 2. Beseitigung des Nazismus in Zusammenarbeit mit den Alliierten, 3. Aufklärung der Jugend 4. Einsatz beim Wiederaufbau Deutschlands“. Dieses Programm war durchaus weiter gefasst als das der örtlichen Karlsruher Organisation von 1945, dem „Bund ehemaliger Konzentrationäre, Karlsruhe und Umgebung“, der als „wichtigste Aufgabe“ und zugleich einzig schriftlich festgehaltene „das Streben nach Wiedergutmachung und Entschädigung der in den KZ-Lagern erlittenen Sach- und Körperschäden“ mit Einbeziehung der Angehörigen, voranstellte.¹⁰ Daraus ist abzuleiten, dass die VVN bis 1947/48 eine Massenorganisation mit rund 10.000 Mitgliedern in Württemberg und Baden, in Karlsruhe mit rund 800,¹¹ wurde. Die Spannweite des Anspruches zwischen Unterstützung, Betreuung und Kameradschaftszusammenhalt auf der einen Seite mit dem nach politischem Wirken auf der anderen, musste zwangsläufig mit Kontroversen einhergehen. Hinzu kam durchaus jenseits der Satzung eine Hierarchisierung der „Opfergruppen“, zwischen „Widerstandskämpfern“ und bloßen „Opfern der Verfolgung“, eben solche ohne eigene Aktivität – das traf durchaus Juden oder so genannte Halbjuden, aber auch viele ehemals Inhaftierte wegen Feindsenderhören, Defätismus etc. Dies, obwohl der Landesverband 1947 auch eindeutig postuliert hatte, nicht nur die hehre Tat des Einzelnen zu glorifizieren, sondern Berichte aus dem Widerstand einfacher Leute, auf der Grundlage „von zehntausenden und

aberzehntausenden Berichten, Milieuschilderungen, die später verknüpft werden müssen mit den großen Entwicklungslinien und damit erst ihr richtiges Leben und ihr richtiges politisches Gewicht erhalten können.“¹² Und es gab auch von der VVN „vergessene“ Opfer. Verfolgte allein wegen ihrer sexuellen Orientierung waren in der Satzung nicht vorgesehen, auch Euthanasieopfer waren kein „Fall“ für die VVN, es sei denn sie waren zugleich politisch Verfolgte, auch „bloße“ Deserteure nicht, wenn sie nicht bewusst und aktiv gehandelt hatten. Dutzenden Verfolgten, oftmals so genannte Zigeuner mit Straftaten, aber auch sonstigen Straffälligen, Alkoholikern, oder anderen „Unwürdigen“ wurde die VVN-Registrierung 1946/47 vom Kreisvorstand der VVN verweigert.¹³ Doch hatte die VVN bis zu den Angriffen der politischen Systemauseinandersetzung und dem beginnenden Kalten Krieg gegen sie 1947/48 quasi eine halbamtliche Funktion, was die strengen, teilweise rigoros anmutenden, Kriterien erklärt, die schließlich intern wie extern Bestand haben sollten. Schließlich gab es in der unmittelbaren Nachkriegszeit durch die enormen Wanderungsbewegungen eine erhebliche Zahl „falscher“ Verfolgungsoffer. Die von der VVN anerkannten Verfolgten konnten damit bei den staatlichen Stellen die Berechtigung zur Unterstützungsleistung offiziell nachweisen und ebenso zu Wiedergutmachungsleistungen, die erstmals 1948 durch ein Landesgesetz nach Maßgabe der Militärregierung in bescheidenem Umfang wirksam wurden.¹⁴ Der Karlsruher „Bund“ bzw. die VVN hatte dabei von Beginn an auf das engste mit der bereits seit dem 1. Juli 1945 offiziell bestehenden städtischen „KZ-Betreuungsstelle“ beim Bezirksverwaltungsamt im Neuen Rathaus, einer Noteinrichtung der zu diesem Zeitpunkt nicht zentral organisierbaren Stadtverwaltung zusammen gearbeitet.¹⁵

Wer waren die Männer und Frauen aus dem Widerstand, die 1945 in der überparteilichen VVN das Vermächtnis aus ihrem Widerstand sahen? Eine übergreifende Untersuchung zum Widerstand und zur Verfolgung in Karlsruhe hat es trotz eines Anlaufes zu Beginn der 1980er Jahre nie gegeben.¹⁶ Eine Aufarbeitung der verfolgten Homosexuellen, der Euthanasieopfer fehlt sogar gänzlich. Die Verfolgung der Juden in Karlsruhe wurde 1988 mustergültig aufbereitet, stellte damit das nur ansatzweise bearbeitete Thema in den jeweiligen Broschüren von VVN-BdA Karlsruhe und von GEW Nordbaden 1979 auf eine fundierte Grundlage. Die SPD gab 1959 erstmals Hintergründe zum sozialdemokratischen Widerstand, 1983 folgte die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen mit publizierten Interviews von Zeitzeuginnen. Die vom Stadtjugendausschuss e.V. Karlsruhe 1984 konzipierte „Alternative Stadtrundfahrt auf den Spuren des Dritten Reiches“, bei der auch die VVN-BdA beteiligt war, arbeitete zum ersten Mal überhaupt größere Zusammenhänge von Widerstand und Verfolgung in Karlsruhe heraus und war damit ein Meilenstein in der stadtgeschichtlichen Forschung zum Thema. Systematisch zusammengestellt wurden die inzwischen bekannten Personen und Ereignisse 1991 durch den Studienkreis Deutscher Widerstand. 1990 war in einem Überblick die Verfolgung der Sinti und Roma aufgearbeitet worden. Die „Forschungsstelle Widerstand“ der Universität Karlsruhe hat seit 1995 insbesondere zum nationalkonservativen und religiös motivierten Widerstand geforscht, dabei regionale Bezüge hergestellt; ein nach 2000 geplantes Forschungsprojekt zum Arbeiterwiderstand blieb unausgeführt. Seit 1988 wurden im Stadtarchiv Karlsruhe in der Stadtgeschichte sowie den publizierten Stadtteilgeschichten dem Widerstand und der Verfolgung eigene Kapitel gewidmet, oder Redemanuskripte veröffentlicht. Inzwischen muss konstatiert werden, dass nach dem mittlerweile erfolgten Tod aller Beteiligten, nicht mehr mit neuen, das bisherige Wissen umstoßenden Fakten zu rechnen ist; wesentliche Erweiterungen des Wissensstandes sind wohl nicht mehr zu erwarten.

Gleichwohl sind noch hunderte Personen des organisierten und vor allem des „nichtpolitischen“ individuellen Widerstandes und der Verweigerung unbekannt oder von bekannten Personen ist nicht der gesamte Umfang ihres Handelns bekannt. Auch dem Wirken der Überlebenden nach 1945 nachzugehen, wäre eine lohnende Aufgabe.

Die folgenden im Auftrag der Kreisorganisation Karlsruhe mit Unterstützung der Landesorganisation der VVN-Bund der Antifaschisten Baden-Württemberg e.V. erstellten

10 Porträts erheben keinen Anspruch auf den Beginn einer solchen Beschäftigung, wenn sie jedoch dazu anregen, würden sie ihren Zweck erfüllen.

Karlsruhe, 3. Januar 2008

Jürgen Schuhladen-Krämer

Stadtgeschichtliche Literatur zu Widerstand und Verfolgung in Karlsruhe:

Zu einzelnen Opfergruppen und zu Trägern des Widerstandes:

Briefe aus dem Konzentrationslager Kislau. Ausgew. u. bearb. v. Elisabeth Marum-Lunau u. Jörg Schadt. Mit einem Lebensbild von Joachim W. Sporck, hrsg. von den Stadtarchiven Karlsruhe und Mannheim. Karlsruhe 1988².

Werner, Josef: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich. (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 9) Karlsruhe 1988¹.

Krausnick, Michael: Abfahrt Karlsruhe. 16.5.1940 – Die Deportation der Karlsruher Sinti und Roma. Ein unterschlagenes Kapitel aus der Geschichte unserer Stadt. Hrsg. vom Verband der Sinti und Roma Karlsruhe e.V., Karlsruhe 1990.

Lill, Rudolf; Kißener Michael (Hrsg.): 20. Juli in Baden und Württemberg . (Porträts des Widerstand, Bd. 3) Konstanz 1994.

Kißener, Michael (Hrsg.): Widerstand gegen die Judenverfolgung. (Porträts des Widerstand, Bd. 5) Konstanz 1996.

Krimm, Konrad: Erwin Eckert (893-1972), Pfarrer – Sozialdemokrat – Kommunist, in: Schwinge, Gerhard: Protestantismus und Politik, Zum politischen Handeln evangelischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933. Eine Ausstellung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe in Zusammenarbeit mit der Evangelischen Landeskirche in Baden/Landeskirchliche Bibliothek, dem Generallandesarchiv Karlsruhe und dem Stadtarchiv Karlsruhe aus Anlass des Kirchenjubiläums 1996, 175 Jahre Evangelische Landeskirche in Baden. (Ausstellungskatalog, hrsg. von der Badischen Landesbibliothek) Karlsruhe 1996, S. 261-271

Koch, Manfred: Kappes, Heinz (1893-1988), Pfarrer und sozialdemokratischer Sozialpolitiker, in: Schwinge, Gerhard: Protestantismus und Politik, Zum politischen Handeln evangelischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933 (wie in vorausgegangen bibl. Angabe), S. 272-286.

Roser, Hubert (Hrsg.): Widerstand als Bekenntnis. Die Zeugen Jehovas und das NS-Regime in Baden und Württemberg. (Porträts des Widerstand, Bd. 6) Konstanz 1999.

Eisele, Klaus; Kunze, Rolf-Ulrich (Hrsg.): Mitverschwörer – Mitgestalter. Der 20. Juli im deutschen Südwesten. (Porträts des Widerstand, Bd. 7) Konstanz 2004.

Kunze, Rolf-Ulrich (Hrsg.): Badische Theologen im Widerstand (1933 – 1945). (Porträts des Widerstand, Bd. 8) Konstanz 2004.

Borgstedt, Angela (Hrsg.): Badische Juristen im Widerstand (1933 – 1945). (Porträts des Widerstand, Bd. 9) Konstanz 2004.

Einzeldarstellungen oder Übersichtsliteratur mit umfangreichen Kapiteln zum Thema:
Eisele, Josef: 70 Jahre Dienst am Volke. Hrsg. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Karlsruhe. Karlsruhe 1959.

Schadt, Jörg (Bearb.): Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe 1933-1940. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim, Bd. 3) Stuttgart 1976.

Erlebte Geschichte. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen. Karlsruhe 1983.

Nie wieder! Eine alternative Stadtrundfahrt auf den Spuren des Dritten Reiches. Hrsg. Stadtjugendausschuss Karlsruhe e.V. Karlsruhe 1984¹ (1993²).
Neu überarbeitet als Internetversion, 2007: www.ns-in-ka.de/

Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Baden-Württemberg I, Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart. Köln 1991¹ (1995²).

Gläser, Wolfgang (Bearb. und eingeleitet): Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845-1952. Hrsg. Von der Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Karlsruhe. Heilbronn 1991.

Aufstieg der NSDAP und Widerstand, Vorträge zur Stadtgeschichte, hrsg. Von der Stadt Karlsruhe - Stadtarchiv, Karlsruhe 1993.

Asche, Susanne; Bräunche, Ernst Otto; Koch, Manfred; Schmitt, Heinz; Wagner, Christina: Karlsruhe. Die Stadtgeschichte. Karlsruhe 1998.

Stadtgeschichte – Stadtteile mit umfangreichen Kapiteln zu Verfolgung und Widerstand:
Linder, Gerhard: Eintausend Jahre Hagsfeld. Die Geschichte eines Dorfes. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs, Bd. 12) Karlsruhe 1991.

Asche, Susanne: Eintausend Jahre Grötzingen. Die Geschichte eines Dorfes. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs, Bd. 13) Karlsruhe 1991.

Asche, Susanne; Guttman, Barbara; Hochstrasser, Olivia; Schambach, Sigrid; Sterr, Lisa: Karlsruher Frauen 1715 - 1945. Eine Stadtgeschichte. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs, Bd. 15) Karlsruhe 1992.

Asche, Susanne; Hochstrasser, Olivia: Durlach. Staufergründung, Fürstenresidenz, Bürgerstadt. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs, Bd. 17) Karlsruhe 1996.

Koch, Manfred: Weimarer Republik, „Drittes Reich“, Widerstand, Verfolgung, in: Daxlanden. Die Ortsgeschichte. Hrsg. Vom Bürgerverein Daxlanden. Karlsruhe 2007, S. 299-314.

Stadtgeschichtliche Literatur mit der Verbindung zur Zeit nach 1945:

Manfred Koch: „Wir wollen sie gemeinsam ehren“. Vom Umgang mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Karlsruhe, in: Formen des Widerstandes im Südwesten, 1933-1945, Scheitern und Nachwirken. Hrsg. Von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg durch Thomas Schnabel unter Mitarbeit von Angelika Hauser-Hauswirth. Ulm 1994, S. 284-294.

Barbara Guttman: Den weiblichen Einfluss geltend machen ... Karlsruher Frauen in der Nachkriegszeit. (Veröffentlichungen des Stadtarchivs, Bd. 21) Karlsruhe 2000.

[sämtliche Buchtitel verfügbar in der Badischen Landesbibliothek]

Wichtige Gruppen an archivalischen Quellen, hier insbesondere solche mit Personenbezug:

Archiv der VVN-BdA in der Landesgeschäftsstelle Stuttgart: insbesondere Abt. D;

Archiv der VVN-BdA im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Stadtarchiv Karlsruhe: Hauptregistratur: 1/H.-Reg. 2004;
Bezirksverwaltungsamt: Abt. 1/Bez.Verw.Amt/;
Stadtgeschichtliche Sammlungen: insbesondere Abt. 8/StS 13/, 17/ und 34/;

Landesarchiv Baden-Württemberg – Generallandesarchiv Karlsruhe:

Amtsgericht Karlsruhe: 270/;
Staatsanwaltschaften, Ermittlungsstrafverfahren: 309/;
Landesamt für Wiedergutmachung Nordbaden: 480/;
Sondergericht Mannheim: 507/;
Teilweise Gefängnisakten

[die jeweiligen Findmittel sind vorort einzusehen]

Anmerkungen:

¹ Vgl. zu einzelnen Verhaftungen Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933-1945. Band 5, Baden-Württemberg I, Regierungsbezirk Karlsruhe und Stuttgart. Frankfurt a.M. 1991, S. 40f.

Vgl. zur Verfolgung der Juden Josef Werner: Hakenkreuz und Judenstern. Das Schicksal der Karlsruher Juden im Dritten Reich. Karlsruhe, 2. Auflage 1990 (Veröffentlichungen des Karlsruher Stadtarchivs, Bd. 9). Zu Dr. Kahn und Dr. Wimpfheimer ebenda S. 40, 61-63, 234.

² Landesarchiv Baden-Württemberg – GLA 480/116, Autobiographie, 3 S. ms.

³ Vgl. Konrad Krimm: Erwin Eckard (1893-1972), Pfarrer – Sozialdemokrat – Kommunist, und Manfred Koch: Heinz Kappes (1893-1988), Christ und Sozialdemokrat, in Protestantismus und Politik. Zum politischen Handeln evangelischer Männer und Frauen für Baden zwischen 1819 und 1933. (Bad. Landesbibliothek Hrsg.) Karlsruhe 1996, S. 261-271 und S. 272-286. Zu Dold vgl. Manfred Koch: Widerstand und Verfolgung, in: Karlsruhe, die Stadtgeschichte. (Stadt Karlsruhe, Stadtarchiv Hrsg.) Karlsruhe 1998, S. 510-512.

⁴ Vgl. ebenda S. 511.

⁵ Stadtarchiv Karlsruhe 1/H-Reg. 2004, vgl. auch Koch, Widerstand und Verfolgung, wie Anm. 3, S. 515.

⁶ Zitiert nach Koch, Widerstand und Verfolgung, wie Anmerkung 3, S. 505.

⁷ Vgl. Heimatgeschichtlicher Wegweiser, wie Anmerkung 1, S. 43.

⁸ Heinold Hirsch, als Vertreter aus Karlsruhe bei den Vorstandssitzungen des Landesausschuss für politisch Verfolgte, seit 1947 VVN, 1946-1950 nachweisbar: VVN-Archiv im Hauptstaatsarchiv Nr.23 und 90.

⁹ Satzung von 1947 in VVN-Archiv im Hauptstaatsarchiv Nr.156.

¹⁰ Satzungsentwurf für die „Freie Vereinigung, Bund ehemaliger Konzentrationäre, Karlsruhe und Umgebung“ vom 1.10.1945, seit Januar/März 1946 als „Bund ehemaliger politischer KZ-Leute und politisch Verfolgte Karlsruhe und Umgebung“ zugelassen, in Stadtarchiv Karlsruhe 1/BezVerwAmt 55.

¹¹ Mitgliederstatistik in Protokoll Landesvorstand vom 5.2.1948, VVN-Archiv im Hauptstaatsarchiv Nr. 23; trotz der politischen Repressionen zum 1.6.1951 immer noch 669, in ebenda Nr. 7.

¹² VVN-Nachrichten September 1948, zitiert nach und vgl. bei Christiane Toyka-Seid: „Nicht in die Lage versetzt, Erbauer eines friedlichen Deutschland zu sein.“ Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Württemberg-Baden, in: Formen des Widerstandes im Südwesten, 1933-1945, Scheitern und Nachwirken. Hrsg. Von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Ulm 1994, S. 270-283, hier S.275.

¹³ Registratur VVN Baden-Württemberg, Stuttgart, D2351a-c; unter den rund 100 nachweisbaren Ablehnungen im Kreis Karlsruhe befanden sich auch zahlreiche unwidersprechbar Abzulehnende, die sich den Verfolgtenstatus betrügerisch zu verschaffen suchten, darunter ehemalige Nazis.

¹⁴ Dazu trotz der Schwäche in interpretatorischer Analyse und teils Nichteinlösung des Titels informativ: Silvija Franjic: Die Wiedergutmachung für die Opfer des Nationalsozialismus in Baden 1945-1967. Von der moralischen Verpflichtung zur rechtlichen Pflichtübung. Frankfurt a.M., Berlin u.a. 2006.

¹⁵ Vgl. dazu Manfred Koch: „Wir wollen sie gemeinsam ehren“, Vom Umgang mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Karlsruhe, in: Formen des Widerstandes im Südwesten, 1933-1945, Scheitern und Nachwirken. Hrsg. Von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg. Ulm 1994, S. 284-294.

¹⁶ Bestrebungen dazu bei Josef Werner, der Stadtverwaltung, der seinerzeit bestehenden VVN-BdA-Geschichtskommission Karlsruhe; die Ansätze und Ergebnisse wären jedoch zweifellos recht gegensätzlich ausgefallen.

10 Porträts von Karlsruher WiderstandskämpferInnen und Verfolgten

	Seite
Betz, Lina und Adolf	10
Dietz, Friedrich Karl Hans	12
Elsenhans, Otto	15
Hafner, Otto (*)	16
Kappler, Gustav	18
Nies, Wilhelm	20
Schneider, Otto	22
Stutz, Hellmut	25
Wiesemann, Arthur	27
Riedinger, Berthold (**)	

(*) wird derzeit aufgrund neuer Aktenfunde überarbeitet.

(**) ist noch in Arbeit.

Dazu kommen zwei Durlacher Verfolgte (ein Pfarrer, ein Kommunist).

Dietrich Schulze, 24.01.2012

Lina und Adolf Betz

geboren am 2.9.1906 in Karlsruhe, gestorben am 9.6.1950 in Frauenalb
geboren am 1.8.1912 in Durlach, gestorben am 11.4.1998 in Karlsruhe

Adolf Betz erlernte das Elektrikerhandwerk und war bis zu seiner Verhaftung 1935 als Elektromonteur in einem Betrieb in der Karlsruher Südweststadt beschäftigt. Früh engagierte er sich in der KPD und war dort aktiv für deren Jugendorganisation KJVD (Kommunistische Jugendverband Deutschlands) tätig. Adolf Betz war am 1. April 1933 in Mannheim verhaftet worden und bis zum 12. Mai 1933 dort in „Schutzhaft“, konkrete Vorwürfe waren keine erhoben worden. Im September 1933 heiratete er die Durlacherin Lina Betz, die jedoch keine Kommunistin war, sondern bis 1933 aktives Mitglied der sozialdemokratischen Jugendorganisation SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend). Erst danach wurde sie aktiv für die KPD. Kinder hatte das Paar keine. Adolf Betz übernahm nach der großen Welle der Herbstverhaftungen 1933 von Kommunisten etwa zeitgleich wie Friedrich K.H. Dietz für die KPD in Karlsruhe 1934 die illegale Leitung der KPD im damals noch selbständigen Durlach. Er flog auf und wurde am 11. Dezember 1935 in Karlsruhe verhaftet.

Lina Betz blieb auf freiem Fuß, nutzte aber die Gelegenheit um mit Friedrich K.H. Dietz im März 1936 in die Schweiz zu flüchten. Betz wurde vom Oberlandesgericht Karlsruhe am 19. März 1936 zu drei Jahren und drei Monaten Zuchthaus unter Anrechnung von 4 Monaten U-Haft wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt, die er teils in Bruchsal und teils in Ludwigsburg verbüßt, 25 Monate davon aber im KZ Aschendorfer Moor bei Papenburg/Ems. Am 19. März 1939 entlassen, blieb er unter Polizeiaufsicht. Wie alle ehemaligen politischen Gefangenen war er zunächst „wehrunwürdig“, wurde dann aber 1943 in das „Bewährungsbattalion 999“ zwangsrekrutiert – einer Strafeinheit, die etwa zur Hälfte aus politischen NS-Gegner und zur anderen Hälfte aus Kriminelle zusammengesetzt war. Bereits bei der Zusammenstellung der Einheit auf dem „Heuberg“ in Stetten a.k.M. knüpfte Betz Kontakte, um den Widerstand zu organisieren. Die Einheit kam dann in Griechenland zum Einsatz und Betz und seine Gruppe knüpften Kontakte zum griechischen Widerstand, eine geplante Waffenübergabe an Partisanen konnte aber nicht ausgeführt werden. Dieses wurde nicht aufgedeckt. Ein anderer Plan in der Feldstellung bei Achaia zur Übernahme von Fernsprechverbindungen wurde jedoch nach Verrat durch einen zur SA übergetretenen ehemaligen Kommunisten verraten. Als Hauptverantwortlicher wurde von der Wehrmacht Franz Cerny ausgemacht und nach dem Todesurteil am 19. Juli 1943 erschossen. In der Verhandlung vor dem Feldgericht wegen „Wehrzersetzung“ blieb die Rolle von Betz unaufgedeckt und so wurde er wie fünf andere Beteiligte „nur“ zu 5 Jahren Zuchthaus und „Wehrunwürdigkeit“ verurteilt. Die Strafe sollte mit dem Kriegsende beginnen, bis dahin war Verwahrung im Wehrmachtsstraflager Moor Emsland vorgesehen. Doch Betz wurde von dort am 12. Juli 1944 zur Gestapo in das Gefängnis nach Karlsruhe überführt wegen einer Anklage wegen Briefverkehrs in die Schweiz. Zum Prozess kam es nicht mehr, schließlich wurde er am 24. April im Zuchthaus im bayerischen Kaisheim durch US-Truppen befreit und kehrte am 1. Juni 1945 nach Karlsruhe zurück.

Adolf Betz wirkte von Beginn an in der örtlichen Vereinigung der politisch Verfolgten mit, dem „Bund ehemaliger politischer KZ.-Leute (und politisch Verfolgter) Karlsruhe und Umgebung“ und wurde 1946 neben Otto Hafner in das Präsidium des „Landesausschuss der politisch Verfolgten des Naziregimes“, seit 1947 VVN, gewählt.

Auf der Gründungsversammlung der KPD-Karlsruhe im September 1945 war Adolf Betz zum Kreisvorsitzenden gewählt worden, dieses Amt gab er 1947 an Friedrich K.H. Dietz ab und übernahm die Verwaltung des von ihm aufgebauten Tbc-Sanatoriums der SAS (Süddeutsche Ärzte- und Sanitätshilfe, deutsche –Sektion der CSS – Centre Sanitaire Suisse, einer eng der VVN verbundenen Hilfsorganisation) für ehemalige KZ-Häftlinge in Frauenalb im Albtal. Daneben war er im Aufsichtsrat der Konsum-Genossenschaft tätig. Sein Amt im Präsidium des Landesausschuss der VVN nahm er bis zu seinem Tod wahr. Lina Betz war in Zürich bei Kriegsende von der CSS vorbereitet worden und wurde in Karlsruhe deren Sekretärin. Zugleich war sie für die KPD in der überparteilichen „Karlsruher Frauengruppe“ aktiv. Diese war im Frühsommer 1946 als Sammelgruppe für die im

Nationalsozialismus zerschlagenen Frauenbewegung ins Leben gerufen worden, mit dem Ziel, der Mitwirkung beim Wiederaufbau, Mitarbeit in Flüchtlings-, Gesundheits- und anderen sozialen Fragen, Einmischung in allen Frauenfragen und Erziehung von Frauen und Mädchen im demokratischen Sinn. Nach 1949 nahm Edith Dietz, Ehefrau von Friedrich K.H. Dietz ihren Platz ein, obwohl diese niemals KPD-Mitglied war. Adolf Betz starb mit noch nicht einmal 44 Jahren auf tragische Weise in der Nacht des 9. Juni 1950 als im SAS-Sanatorium Frauenalb ein Brand ausbrach und u.a. mit seiner Hilfe noch alle 72 Patienten gerettet werden konnten; er erlag der erlittenen Rauchgasvergiftung. Im Nachruf der SAS hieß es, dass „Betz seit Gründung der Organisation [SAS] in ihr tätig und an der Einrichtung des Sanatoriums maßgebend beteiligt war. Durch umsichtige Leitung und liebevolle Betreuung hat er das Sanatorium zu einem der bestgeführten Häuser gemacht. Sein Tod ist für die Organisation ein schwerer Verlust. Unser Mitgefühl geht an die Witwe, die das begonnene Werk des Mannes weiterführen wird und die Leitung übernimmt.“ Lina Betz führte das Haus weiter bis kurz vor ihrer Pensionierung und blieb der VVN verbunden, solange es ihre Gesundheit zuließ. Sie starb 1998.

Quellen/Literatur: Landesarchiv Baden-Württemberg - GLA 480/59; BNN 15.11.1947 (Frauenveranstaltung u.a. mit Lina Betz, BNN 10.6.1950 zum Tod von Adolf Betz); VVN-BdA-Archiv im Hauptstaatsarchiv Stuttgart Nr. 10 und 90.

Friedrich Karl Hans Dietz

geboren am 21.12.1909 in Mannheim, gestorben am 10.1.1959 in Karlsruhe

F.K.H. Dietz, wie er als Journalist prägnant signierte, wurde 1909 als Hans Dietz in Mannheim geboren. Weil die Eltern aus „Unabhängigkeitsbedürfnis“ – so Dietz 1947 – nicht heirateten, wuchs er bei den Großeltern in Karlsruhe auf, streng katholisch erzogen. Er besuchte das Humboldt-Realgymnasium. Im Alter von 12 Jahren begann er - wie Dietz rückblickend festhielt - „an den Wahrheiten zu zweifeln“, denen „von zuhause und in der Schule“ und las selbständig religions- und geschichtsphilosophische Literatur, interessierte sich für alte Sprachen und Geschichte. „Die Auseinandersetzungen mit den Dingen der Umwelt, dem Ursprung der toten und lebenden Materie, ließen mich nur teilweise ein guter Schüler sein“, so Dietz ebenfalls rückblickend aus dem Jahr 1947. Jedenfalls musste er angesichts seiner Noten die Schule verlassen. In der Inflation verloren die Großeltern ihr Vermögen und wohl auch der Vater, der ihn bislang unterstützte; ein anderer Besuch der Höheren Schule und ein vorgestelltes Studium ließen sich nicht umsetzen. Doch Friedrich Dietz war Autodidakt und eignete sich trotz höherem Schulabschluss ein enormes Bildungswissen an. Zunächst begann er eine Buchdruckerlehre in Leonberg. Doch als Laufbursche missbraucht, brach er die Ausbildung ab und konnte sie durch Gewerkschaftsvermittlung in Karlsruhe zu Ende bringen. 1928, als fertiger Geselle, begab sich Dietz, der inzwischen aktives Gewerkschaftsmitglied war und Sympathien zur SPD hegte, auf die traditionelle Wanderschaft, die in die Schweiz führte. Seine Überzeugungen brachten ihn in Verbindung zu politisch linken Zeitungen und „ich verpflichtete mich“, so Dietz wiederum autobiographisch 1947, „ohne Ahnung zu haben als Reporter in den Balkanstaaten“. Kreuz und quer kam er durch die Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Griechenland und Albanien. „Während 2 Jahren habe ich gute und schlechte Beiträge geschrieben über soziale Zustände. Ich las Proudhon, Saint Simon, Rousseau, Marx, Engels, Lenin, Plechanow, Kautsky u.v.a. Nach meiner Rückkehr nach Deutschland bin ich als überzeugter Kommunist 1929 der KPD beigetreten.“ Seine Gewerkschaftszugehörigkeit verlor Dietz infolge der KPD-Politik der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition), für die er im Landeszusammenhang tätig war. Mit seiner Arbeitslosigkeit wurde er führend in den Erwerbslosenausschüssen tätig. In den politischen Straßenauseinandersetzungen kam am 26. Mai 1931 der SA-Mann Paul Billet aus Lahr anlässlich eines provokativen Propaganda-Umzuges mit 20 NS-Motorradfahrern durch die Karlsruher Kaiserstraße ums Leben. Friedrich Dietz wurde mit vier anderen Kommunisten angeklagt, Billet geschlagen und tödlich vom Motorrad gestürzt zu haben. Tatsächlich hatte eine Zuschauerin einen Knüppel in die Speichen des Fahrzeugs gehalten, worauf jener sich beim Sturz tödlich verletzte. Dietz musste vom Gericht freigesprochen werden, „mangels Beweises“. Fortan galt ihm, inzwischen hauptamtlich für die KPD tätig, direkt der Hass der NSDAP. Unmittelbar nach dem Reichstagsbrand 1933 wurde er während einer Wahlversammlung in Elchesheim bei Rastatt verhaftet und aus der „Schutzhaft“ im Gefängnis am 29. Mai 1933 in das KZ Heuberg überführt, wo er Misshandlungen unter dem berüchtigten Kommandanten Karl Buck erlitt. Ihm wurden 5 Zähne ausgeschlagen. Nach der Lagerauflösung kam Dietz am 21. Dezember 1933 in das KZ Kislau. Am 20. Juli 1934 wurde er beurlaubt und unter Polizeiaufsicht gestellt. Nichtsdestotrotz übernahm er die illegale Leitung der KPD in Karlsruhe und kurz darauf auch im Landesmaßstab, stellte Verbindungen nach Frankreich und in die Schweiz her und organisierte die Herstellung illegaler antifaschistischer Schriften und KPD-Aufrufe mit einem immensen Verbreitungsgrad. „Bemerkbar für die Bevölkerung, aber die Resonanz im Volke war gering. Es war dem Nazismus restlos verfallen“, so sein späteres Resümee. Da der Ring mit immer neuen Verhaftungen immer enger wurde, flüchtete Dietz Anfang 1936 in die Schweiz nach Basel, von wo aus er seinen Widerstand gegen das faschistische Regime fortsetzte. Doch gewährte ihm die Eidgenossenschaft nur einen „Toleranzaufenthalt“ von 6 Monaten, danach begab er sich nach Genf, wo er weiter in leitender Tätigkeit des Widerstands eine illegale Druckerei organisierte, aus der die „Süddeutsche Volksstimme“ nach Deutschland geschmuggelt wurde, zugleich aber auch Flugblätter für die italienische KP. Dietz wurde offizielles Mitglied der Sozialistischen Partei, die bei Kriegsbeginn mit der Schweizer KP fusionierte, dann aber

verboten wurde. Für die Schweizer Organisation gründete Dietz die Zeitung „Etinelle“ und gab den verbotenen „Traveil“ heraus, produzierte zahlreiche Broschüren für den Widerstand. Damit hatte er ein bedeutendes Zentrum des Antifaschismus geschaffen und verfügte inzwischen über viele Kontakte auch in nichtsozialistische Kreise. Im Oktober 1941 von einem Schweizer Faschisten denunziert, wurde er 1942 vor dem Bundesgericht wegen „kommunistischer Umtriebe“ zu 6 Monaten Haft verurteilt. Die zugleich verlangte Auslieferung an Nazi-Deutschland“ konnte durch sozialdemokratische Abgeordnete im Schweizer Parlament verhindert werden. Er saß die Haft in der Strafanstalt Witzwil, im Zuchthaus Lenzburg und danach in der Strafanstalt St. Johannsen bei Neuchâtel ab. Endgültig frei kam er aber erst im Februar 1945. Da war er eine bekannte Persönlichkeit, weil in dieser Zeit das Berner Bundeshaus über seine Angelegenheit verhandelte und die liberale Wochenzeitung „Die Nation“ eine Kampagne um seine Freilassung geführt hatte. Dietz wurde unmittelbar außenpolitischer Mitarbeiter dieser Zeitung, nebenher Chefredakteur der Zeitung „Freies Deutschland“ in der Schweiz und konnte nebenher noch Hörer der philosophischen Fakultät der Genfer Universität sein. Er blieb bei Kriegsende in der Schweiz, war Mitglied der sozialistischen „Parti Ouvrier Suisse, Section de Genève », verfasste Anfang 1946 eine illustrierte Geschichte der Nazibewegung und ihrer Greuelthaten in deutscher und französischer Sprache und führte eine offensive Auseinandersetzung gegen die 5. Kolonne der NSDAP in der Schweiz, die ein großes Echo fand und zur Ausweisung deutscher Nazis aus der Schweiz führte. Dietz war ein viel beschäftigter Journalist. Inzwischen hatte er seine Frau Edith Königsberger – die keine Kommunistin war und nie in die KPD eintrat - kennen gelernt, eine Jüdin, die in Berlin nach einer Ausbildung zur Kindergärtnerin und -krankenschwester die Deportationen der Juden vom Bahnhof Wannsee direkt miterlebt hatte und 1942 mit ihrer Schwester in einer dramatischen Flucht in die Schweiz gelangt war. Das Ehepaar kam 1947 nach Karlsruhe und sollte später eine Tochter bekommen. Friedrich Dietz folgte Adolf Betz im Amt des Kreisleiters der KPD, später gehörte er auch dem Landesbezirksvorstand Nordbaden an. Für die KPD wurde er wiederholt in den Stadtrat gewählt und stand der Fraktion bis zu ihrem Ausscheiden bei den Wahlen 1953 vor, war KPD-Kandidat zu den Landtags- und Bundestagswahlen im Wahlkreis. Zugleich arbeitete er als Journalist weiterhin hauptsächlich für Schweizer Printmedien wie sein gedruckter Briefkopf ausweist: „F.K.H. Dietz, Journaliste / Correspondent particulie des journaux suisses: Die Nation – Heim und Leben – Abeille – Voix Ouvrière – Deutsche Wirtschaftsnachrichten – Pressedienst der Nation“, aber auch für das „Neue Deutschland“ der SED, was aber seit der Währungsreform auf Honorarbasis nicht mehr möglich war. Friedrich Dietz war VVN-Mitglied seit seiner Rückkehr nach Deutschland, nahm aber kein Amt in der Organisation ein, da er als hauptamtlicher KPD-Sekretär und Journalist andere Prioritäten setzte. Mit dem KPD-Verbot der Adenauer-Regierung als Schlusspunkt von dessen Westintegrationspolitik und antikommunistischem Feldzug, sah sich Friedrich Dietz und letztlich die Familie mit Existenznöten konfrontiert. Staatliche Stellen konnten ihm die Fortführung der nun abermals in die Illegalität getriebenen KPD, diesmal in der auf demokratischen Grundlagen 1949 errichteten Bundesrepublik aber teilweise mit dem gleichen Repressionspersonal aus der Zeit der faschistischen Diktatur, nicht nachweisen. Dafür sorgte das Stuttgarter Justizministerium mit Nachdruck dafür, dass Dietz keine Entschädigungsleistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz von 1953 bzw. 1956 zuerkannt wurden. Dazu wurde er 1957 wegen seiner „kommunistischen Betätigung“ vor 1956 gar in das Landesamt für Wiedergutmachung zur „Vernehmung“ vorgeladen, ein beachtenswerter Vorgang mit Erprobung einer „neuen“ Rechtsauslegung, in der ihm ohne Quellenangabe Erkenntnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz aus seiner KPD-Tätigkeit vor 1956 vorgehalten wurden. Das Justizministerium versuchte die Entschädigung mit der Begründung vorzuenthalten, er habe seit dem „23.5.1949 [Grundgesetzverkündung] die freiheitliche, demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft und sei deshalb von der Entschädigung ausgeschlossen“ (Prozessreferat 17.3.1958; GLA 480/116). Sogar Dietz' persönlicher Aufruf zur Bundestagswahl 1957, die SPD als Alternative zur Adenauer-Regierung zu wählen, wurde ihm als kommunistische Agitation vorgehalten. Der antifaschistische Konsens von 1945 war sichtbar mit der Rede von US-Außenminister James F. Byrnes in Stuttgart am 6.9.1948 – dem öffentlich gemachten Startpunkt des Kalten

Krieges – in Frage gestellt worden. Westdeutschland als Produkt der daraus resultierenden Spaltung Deutschlands machte unter der Politik der Adenauer-Regierung den Antikommunismus zur Staatsräson und führte in den 1950er Jahren mit der 131er Grundgesetzregelung, der Remilitarisierung und den Beschränkungen der demokratischen Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaften in den Betrieben zielstrebig zur Verneinung der Erkenntnis nach 1945. Dabei verband man sich ungeniert mit „alten Kameraden“. Die Vokabel des „Antibolschewismus“ von 1933 war nahtlos in die antikommunistischen Auslegung des Grundgesetzes als der „freiheitlich demokratischen Grundordnung“ (fdgo) übergegangen. Friedrich Karl Hans Dietz konnte die Auseinandersetzung mit dieser ihn persönlich betreffenden Restaurations-Politik nicht mehr zu Ende führen. Er starb nach schwerer Krankheit am 10. Januar 1959.

Quellen/Literatur: Landesarchiv Baden-Württemberg - GLA 480/116; Stadtarchiv Karlsruhe 8/StS 13/1122-1126 und 1197; Edith Dietz: Der Kreis schließt sich. Jahrzehnte des Friedens sind keine Garantie. Frankfurt am Main 1997, 2. ergänzte Auflage 2006.

Otto Elsenhans

geboren am 30.9.1901 in Karlsruhe, gestorben am 19.2.1974 in Karlsruhe

Als Sohn eines Schneidermeisters begann Elsenhans nach der Volksschule eine Ausbildung zum Zahntechniker, die er jedoch, vom Charakter her noch ungefestigt und wegen strafrechtlicher Vergehen, nicht abschloss. Er verdingte sich als Hilfsarbeiter bei verschiedenen Firmen, seit 1928 war er arbeitslos. Im selben Jahr heiratete er, Kinder gingen aus der Ehe keine hervor. 1930 trat er der Arbeitersportbewegung bei und wurde auch KPD-Mitglied. In den politischen Auseinandersetzungen auf der Straße war er der Politischen Polizei rasch als Kommunist bekannt. Den Märzverhaftungen 1933 nach der Machtübergabe entging er. Seit 1934 lebte er im Untergrund bis zu seiner Verhaftung im Mai 1936.

Elsenhans gehörte zum letzten noch aktiven Kreis des KPD-Widerstandes in Karlsruhe, nachdem nahezu alle illegalen Dreiergruppen aufgefliegen und in Haft genommen waren. Er war mit Rudolf Pfefferle und Erwin Fuchs bekannt. Beide hatten mit dem nach Basel geflüchteten früheren illegalen KPD-Leiter von Karlsruhe Friedrich K.H. Dietz Verbindung aufgenommen, ebenso zur Schweizer KPD-Auslandsleitung um Karl Deck, wozu Elsenhans Geld für die Reisen besorgte. Bei den Reisen Ostern und Pfingsten 1936 nach Basel war er auch selbst dabei. Es ging nach den zahlreichen Verhaftungen zuvor um die Reorganisation der kommunistischen Arbeit in Karlsruhe, Durlach, Grötzingen und Ettlingen. Mit Mal- u. Klebeaktion wie „Hitler führt ins Verderben“, „Hitler will Krieg“ etc., illegalen Flugblättern, Zeitungen, Broschüren, Kalender für das Jahr 1935, teils selbst hergestellt und vom Ausland eingeschmuggelt, wurde das KPD-Leben aufrecht erhalten. Auch dieser konspirative Zusammenhang flog auf und unmittelbar nach Pfingsten begann die Gestapo mit Verhaftungen. Elsenhans wird zusammen mit Adolf Götz, Rudolf Albert Pfefferle, Erwin Eduard Georg Fuchs, Robert Karl Strobel, Ernst Villinger, Herbert Schramm und Artur Edmund Zerr aus Karlsruhe; Eugen Friedrich Ulmer, Richard Adolf Gentner und Emil Robert Röckel aus Durlach; Friedrich Karl Becker aus Furtwangen; Oskar Dutzi aus Zeutern; Adolf Lautenschläger aus Grötzingen und Karl Ludwig Reil aus Gochsheim wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt und mit Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe vom 8.1.1937 zu 3 Jahren Zuchthaus, abzüglich 6 Monate Untersuchungshaft verurteilt, zusammen mit einigen der o.g. Angeklagten erhielt er die Höchststrafe. Die Strafe musste er im Zuchthaus Ludwigsburg verbüßen. Statt der regulären Entlassung gemäß der festgesetzten Strafe wurde er jedoch am 8.7.1939 dem KZ Dachau überstellt. Beschrieb er später die Haftbedingungen in Ludwigsburg als „erträglich“, so begann im KZ Dachau ein Martyrium. 1942 wurde er ins KZ Mauthausen verlegt, wo er auch im berüchtigten Steinbruch eingesetzt war, ohne entsprechende Kleidung im Winter. Einmal erhielt er eine Strafe über 3 Tagen Strammstehen am Tor. Nach 1 Jahr wurde er zurück nach Dachau befördert. Im Januar 1945 kam er in das Außenlager Bäumenheim, beim Nahen der US-Armee in das so genannte „Judenlager Kaufring“, wo er am 29.4.1945 befreit wird. Wegen der unter den Lagerhäftlingen grassierenden Typhus-Epidemie konnte er erst am 2.6.1945 aus der Quarantäne entlassen werden und sich unmittelbar nach Karlsruhe zurück begeben. Körperlich und nervlich gezeichnet, findet er jedoch keine Arbeit mehr, versucht sich nach 1947 eine selbständige Existenz als Fuhrunternehmer aufzubauen, was aber nicht so recht gelingt.

Im Mai 1946 war er der Karlsruher Vertreter des unmittelbar zuvor auf Landesebene Württemberg-Baden gebildeten Landesausschuss für politisch Verfolgte, dem Vorläufer der VVN. In den weiteren Jahren beschränkt sich sein Wirkungskreis auf Karlsruhe, im VVN-Kreisvorstand Karlsruhe wirkte er bis unmittelbar vor seinem Tod 1974 als Kassierer. Angela Baumgart setzte diese Tätigkeit für ihn fort und damit auch die von Otto Elsenhans begonnene wichtige Aufbauhilfe für die seit 1972 zum „Bund der Antifaschisten“ erweiterte VVN.

Quellen: Landesarchiv Baden-Württemberg - GLA 480/1621; VVN-BdA-Archiv im Hauptstaatsarchiv Stuttgart Nr. 23, 240 und 329; VVN-BdA-Registrierung Baden-Württemberg D 643.

Otto Hafner

geboren am 1.10.1904 in Karlsruhe, gestorben am 26.10.1986 in Karlsruhe

Hafners Eltern führten ein Tapetengeschäft in der Hebelstraße. Er absolvierte sein Studium am Badischen Staatstechnikum (später Fachhochschule, heute Hochschule Karlsruhe – Technik und Wirtschaft) zum Elektro-Ingenieur. Anstellung fand er bei der Firma Junker & Ruh bis 1933.

Er trat als Mitglied der liberalen Deutschen Demokratischen Partei bei und als überzeugter Republikaner wurde er auch Mitglied im „Reichsbanner“ und gehörte zum Saalschutz bei politischen Veranstaltungen. Hafner hatte 1930 Bekanntschaft des Franzosen Viénot gemacht, der später Unterstaatssekretär im französischen Außenministerium wurde. Hafner wurde zwar nicht wie zahlreiche Kommunisten und Sozialdemokraten in „Schutzhaft“ genommen, erhielt aber die Kündigung und konnte keine neue Arbeitsstelle finden. 1934 verließ er deswegen mit Frau und Kindern Deutschland, unbehelligt, um in Frankreich in Monthermé zunächst als einfacher Arbeiter, schließlich als technischer Direktor eines Eisenwerks zu arbeiten. Zugleich nutzte er dies um auf seinen Pkw-Fahrten zwischen Frankreich und Karlsruhe mindestens zwei Dutzend Juden zwischen 1934 und 1938 illegal nach Frankreich zu bringen und er konnte sich dabei der Asylvermittlung des genannten französischen Beamten versichern. Es war ein regelrechtes Familien-Fluchtunternehmen. Die bedrohten Juden warteten in der elterlichen Wohnung, Hafner wurde durch fingierte Telegramme wie „Patient pflegebedürftig“ informiert, und brachte sie mit falschen Ausweisen bei Lauterbourg ohne jeden eigenen Vorteil über die Grenze. Ab Herbst 1938 seit der „Sudentenkrise“ war ihm dies wegen schärferer Grenzkontrollen nicht mehr möglich. Er hielt auch sonst Kontakt zu deutschen Emigrantenkreisen in Frankreich.

Unmittelbar vor Beginn des vom Nationalsozialismus begonnenen Krieges 1939 kam Hafner nach Karlsruhe zurück, wurde als Ingenieur zu den Junkers-Flugzeugwerken nach Dessau dienstverpflichtet. Dort nahm ihn die Gestapo am 2.3.1941 fest, nachdem mit dem Waffenstillstand mit Frankreich Akten über ihn in deutsche Hände gelangt waren. Vom Kammergericht Berlin am 8.1.1942 zu eineinhalb Jahren Gefängnis wegen „Anknüpfens von landesverräterischen Beziehungen“ verurteilt, verbüßte er die Strafe im Strafgefängnis Tegel. Nach Ablauf wurde er durch das Reichssicherhauptamt in „Überhaft“ genommen. Die Stapoleitstelle Karlsruhe brachte das Auftauchen „staatsfeindlicher Schriften“ mit ihm in Verbindung. Jedes Mal wenn er in Karlsruhe gewesen war, sollen Schriften in Karlsruhe aufgetaucht sein. Es war ihm aber nichts nachzuweisen und er sagte später auch, dass dies nichts mit ihm zu tun gehabt habe. Die „Schutzhaft“ musste er im Gefängnis Magdeburg verbringen. Nach deren Ablauf wurde er abermals zu Gestapo-Verhören nach Berlin gebracht, erlebte 8 Tage Zellenhaft im berüchtigten Gestapogefängnis am Alexanderplatz, wurde dann nach KZ Oranienburg-Sachsenhausen überstellt, wo er in der Rüstungsproduktion der Heinkel-Flugzeugwerke zur Zwangsarbeit eingesetzt wurde, seiner Qualifikation als Ingenieur gemäß im Zeichenbüro für Schaltsysteme. Schließlich wurde er Hallenverantwortlicher über 1.200 KZ-Häftlinge, vorwiegend Polen und Franzosen. „In meiner Halle war Schlagen verboten! Ich habe es nie geduldet!“, berichtet er später über die von ihm durchgesetzte Behandlung der (Mit)Zwangsarbeiter. Auch sorgte er dafür, dass anstelle der kriminellen Kapos, Politische in diese Stellung gelangten, was die Möglichkeiten im Lagerwiderstand stark verbesserte. Nach der Zerstörung der Produktion durch Luftangriffe, kam er 1944 in das KZ-Buchenwaldaußenlager nach Halberstadt. Im Oktober 1944 wurde Hafner in das KZ Auschwitz deportiert, damit sehen könne, wie ihm bei der Eröffnung höhnisch von der SS verkündet wurde – wie es seinen jüdischen Freunde geht. In Auschwitz war er im Stammlager in der Schreibstube, wurde bei der Evakuierung des Lagers angesichts der nahenden Roten Armee im Januar 1945 nicht auf einen Todesmarsch geschickt, sondern in die berüchtigte SS-Sturmbrigade Dirlewanger. Hafner erlebte am eigenen Leib Prügelstrafe und Stehbunker, sah Quälereien und Erschießungen aus nichtigem Anlass. Er bezeichnete diese Einheit nüchtern als Fortsetzung des KZs, mit dem Ziel der Vernichtung unter Ausnutzung seines aus Verzweiflung und Todesangst gesteigerten Kampfwerts. Er geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft, wurde aber nach Bekanntwerden seines Wirkens im Herbst 1945 entlassen und kehrte nach Karlsruhe zurück.

Hier begann Hafner eine Tätigkeit als Ingenieur bei den Stadtwerken, übernimmt dann ab 1947 den Aufbau der Landesbezirksstelle für die Wiedergutmachung für Nordbaden (später Landesamt), der er bis zu seiner Pensionierung 1969 vorstand. Politisch vom Liberalismus überzeugt, setzte er seine 1933 unterbrochene Parteimitgliedschaft bei der DVP/FDP fort und engagiert sich darin auch öffentlich bis Anfang der 1960er Jahre.

Bereits im Sommer 1945 hatte er zu denen gehört, die zusammen mit den ehemaligen politischen Häftlingen Wilhelm Nies (siehe sein Porträt), Eugen Heydt, Adolf Betz, Gustav Hiss u.a. den „Bund der KZ-Leute und politisch Verfolgten) in Karlsruhe organisierten und damit den Vorläufer der VVN schufen. 1946 wurde er offiziell zum 1. Schriftführer des „Bund ehemaliger KZ-Leute und politisch Verfolgte Karlsruhe und Umgebung“ gewählt, von da an vertrat er die kommenden Jahre Karlsruhe teils allein im Präsidium des „Landesausschuss der politisch Verfolgten des Naziregimes“, seit 1947 VVN, in Stuttgart, letztmals nachweisbar 1951. Danach zog er sich aus der leitenden Funktion zurück, ob wegen Differenzen oder eher aufgrund der 1950 erlassenen Unvereinbarkeit der Stellung im öffentlichen Dienst mit der Betätigung für die VVN, einer quasi frühen „Berufsverbotepolitik“ in der Bundesrepublik Deutschland, muss offen bleiben. Die VVN betrachtete er bis zum Schluss als „seine Organisation“ und hielt die Verbindung zu ihr und insbesondere zum langjährigen Landesvorsitzenden Alfred Hausser bis zum Tod 1986.

So unterzeichnete er zusammen mit 20 weiteren ehemals politisch Verfolgten und Widerstandskämpfern bzw. deren Lebensgefährtinnen im Dezember 1984 einen Offenen Brief an den Eigentümer der Badischen Neusten Nachrichten (BNN), Hans Baur, in dem unter Berufung auf das Grundgesetz gegen eine seit 10 Jahre bestehende Diskriminierungsverfügung gegen die VVN-BdA protestiert wird. Im September 1986 unterzeichnete er erneut mit 18 weiteren Verfolgten und Widerstandskämpfern bzw. deren Lebensgefährtinnen einen weiteren offenen Brief, in dem gegen ein Treffen der Ehemaligen der 35. Infanteriedivision der Hitlerwehrmacht mit Heinz Karst (ultrarechter Studienzentrum Weikersheim-Mitbegründer und Propagandist der Aufrüstung) in der Gartenhalle protestiert wird.

Hafner erhielt 1951 das Bundesverdienstkreuz, 1970 das Verdienstkreuz Erster Klasse und 1986 den französischen Verdienstorden „Pour le Merite“. Der Staat Israel verlieh ihm und seiner Frau Hedwig Hafner 1980 den „Orden der Gerechten“.

Quellen: Stadtarchiv Karlsruhe 8/Zgs und 8/StS 17/103; VVN-BdA-Archiv im Hauptstaatsarchiv Stuttgart Nr. 23, 90 und 97.

Gustav Kappler

Geboren am 5.10.1898 in Karlsruhe, gestorben am 19.12.1979 in Karlsruhe

Als Sohn eines Konditors geboren, erlernte Gustav Kappler nach der Volksschule den Beruf des Schriftsetzers bei der Druckerei G. Braun. Nach der Lehre blieb er dort weiter beschäftigt, bis er im November 1917 in den Krieg zum Artillerie-Regiment 76 in Freiburg einrücken musste. Bei Kriegsende im November 1918 sah er sich in US-amerikanischer Kriegsgefangenschaft, aus der er 1919 nach Karlsruhe zurückkehrte. 1922 während der wirtschaftlichen Krise wurde er bei G. Braun gekündigt und konnte sich in den nächsten zwei Jahren nur mit Gelegenheitsarbeiten durchschlagen, ehe er wieder in seinem Beruf bis 1929 Arbeit in verschiedenen Druckereien fand. 1924 war er der KPD beigetreten und seit 1929 Unterbezirksleiter der Partei und seit diesem Jahr auch Stadtverordneter; er gehörte auch dem „Rote-Front-Kämpfer-Bund“ an. Wegen seiner Arbeitslosigkeit war die Familie - 1929 hatte Kappler geheiratet, aus der Ehe gingen 2 Kinder hervor - von der öffentlichen Fürsorge abhängig. Als Oppositioneller gegen die ihm zu zurückhaltend erscheinende Gewerkschaftspolitik war er aus der Druckergewerkschaft ausgeschlossen worden. Zusammen mit dem Karlsruher KPD-Landtagsabgeordneten Hermann Böinig (1894-1939, Hohenasperg) baute er in Karlsruhe die RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) auf. Unmittelbar nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 ging er anlässlich der März-Verhaftungen in die Illegalität, übernahm die illegale KPD-Leitung in Karlsruhe, darüber hinaus die Anleitung des kommunistischen Widerstandes in der Region bis Bruchsal und Pforzheim, organisierte dabei insbesondere auch kommunistische Betriebsgruppen. Weil dies mit der Zeit zu gefährlich wurde, verlegte er sein Tätigkeitsfeld in Absprache mit der Berliner Untergrundleitung nach Mannheim und Ludwigshafen, mietete sich in Mannheim unter falschen Namen und gefälschter polizeilicher Anmeldung ein. Auch dort war er in der Leitung des KPD-Widerstandes, reichte die verbotenen Druckschriften an Vertrauensleute unter ihrem Decknamen weiter. Im Januar 1934 entpuppte sich ein angeblich von Berlin entsandter KPD-Kurier als Gestapobeamter und Kappler und andere flogen auf. In der Mannheimer Gestapohaft wurde er geschlagen. Zusammen mit dem Stuttgarter Eugen Wilhelm Wiedmaier (geb. 1900), den Mannheimern Hans Wilhelm Erdmann (geb. 1903) und Wilhelm Johan Jayme (geb. 1897) und dem Ludwigshafener Karl Harth (geb. 22.12.1894), alles gleichfalls Arbeiter, wurde er vor dem Oberlandgericht Karlsruhe angeklagt und am 20.12.1934 wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Verbindung mit Urkundenfälschung zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Generalstaatsanwalt hielt in der Anklageschrift über ihn fest: „Er wird allgemein als äußerst rühriger und fanatischer Kommunist bezeichnet.“ Die Haft verbüßte er in Mannheim und in Schwäbisch Hall bis April 1937. Statt der Entlassung folgte die Überführung in die „Bewahrungsanstalt Kislau“ in „Schutzhaft“ bis zum 10.8.1937. Endlich entlassen, musste er sich arbeitslos ohne Unterstützung beim Arbeitsamt Karlsruhe melden. Erst im April 1939 erhielt er wieder Arbeit, beim Vorläufer der Südwestdeutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Lammstraße 1b-5 (später Druckerei der BNN). Diese bestätigte 1950, dass er zwischen dem 11.4.1939 und 19.4.1944 mit der Unterbrechung der KZ-Haft als Schriftsetzer für wöchentlich 54,- RM bei ihnen tätig gewesen war. Wie zahlreiche andere „Politische“ wurde er in der Vorbereitung zum Krieg verhaftet, exakt am Tag des Beginns des von Nazideutschlands entfesselten Weltkrieges am 1. September 1939. Über das Zuchthaus Hohenasperg wurde er am 26.9.1939 in das KZ Buchenwald überstellt. Dort musste er bis 21.2.1940 zubringen, war in einem Bautrupps von Zimmerleuten und Maurern eingesetzt. Dabei musste er viele Schikanen und Misshandlungen mit ansehen, wurde aber nach eigenen Angaben selbst nicht Opfer von Misshandlung. Dennoch hatte ihn die KZ-Haft deutlich gezeichnet, seine gewohnte volle Gesundheit und Leistungsfähigkeit sollte er nicht mehr erlangen. Am 19.4.1944 wurde er bis Kriegsende bei der „Organisation Todt“ zwangsverpflichtet. „Es handelte sich damals um die generelle Dienstverpflichtung sämtlicher wehrunwürdigen und politisch unzuverlässigen Personen, die von der Gestapo dem Arbeitsamt listenmäßig gemeldet wurden. Der für diese Dienstverpflichtung vereinbarte Stundenlohn war 65 Pfennig“, berichtete Kappler dazu 1950 bei einer Anhörung.

Mit der Befreiung und dem Wiederaufbau der Gewerkschaft, wurde Gustav Kappler noch 1945 Gewerkschaftssekretär, versah diese Stellung bei der IG Chemie auch bis zu seiner Pensionierung 1963. Unter anderem schulte er Betriebsräte und führte Tarifverhandlungen. 1947 war seine Ehefrau früh verstorben, Gustav Kappler musste für die noch minderjährigen Kinder alleine sorgen. Zu Beginn der 1950er Jahre machten sich bei ihm, obwohl er stets auf seine Gesundheit achtete, gesundheitlichen Probleme, die teils auf die erlittene KZ-Haft zurück zu führen waren, immer stärker bemerkbar. Während seiner beruflichen Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär sehr belastet, setzte sich er nach seiner Pensionierung 1963 soweit es ihm die Gesundheit erlaubte, aktiv für die VVN ein, hielt maßgeblich den seit 1963 bestehenden engeren Kontakt zur französischen F.N.D.I.R.P (Fédération Nationale des Déportés et Internés, Résistants et Patriotes) in Nancy mit aufrecht. Er begrüßte maßgeblich die Erweiterung zur VVN-BdA 1972, engagierte sich an vorderster Stelle in den Auseinandersetzungen innerhalb des Kreisverbandes der VVN-BdA um die Einbindung jüngerer Antifaschisten in die Leitung zu Beginn der 1970er Jahre. Eine verantwortliche Stellung im Kreisverband wollte er angesichts seiner Gesundheit und seines Alters aber nicht mehr übernehmen. Er starb 1979.

Quellen: *Landesarchiv Baden-Württemberg - GLA 480/348; VVN-BdA-Archiv im Hauptstaatsarchiv Stuttgart Nr. 42 und 240;*

Wilhelm Nies

geboren am 30.6.1888 in Malsch/Rastatt, gestorben am 21.1.1967 in Karlsruhe

Wilhelm Nies erlernte nach der Volksschule den Beruf eines Mechanikers, trat bereits mit 17 Jahren 1905 der SPD bei. Von 1908-1910 musste er seinen Wehrdienst beim Leib-Grenadier-Regiment 109 in Karlsruhe leisten, dessen Denkmal seit 1924 bis heute in der Karlsruher Stadtmitte am Europaplatz den Militarismus glorifiziert. Nies kam 1912 nach Karlsruhe, musste als Soldat den Ersten Weltkrieg von 1914 bis 1917 mitmachen, bis er kriegsverwundet zurückkehrte. 1922 wurde er hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär, Kassierer, des DMV (Deutscher Metallarbeiterverband), war bis 1933 Stadtverordneter der SPD, sowie einer der Geschäftsführer beim örtlichen Reichsbanner. Das defensive Verhalten der Gewerkschaften nach der Machtübergabe an den Faschismus am 30. Januar 1933 und ihre Kooperation am 1. Mai 1933, den die Nazis vom „Kampftag der Arbeiterklasse“ zum nationalen „Tag der Arbeit“ deformierten, nutzte ihnen nichts. Am 2. Mai 1933 stürmte die SA die Gewerkschaftshäuser. In Karlsruhe wurden bis auf den hiesigen DMV-Vorsitzenden Gustav Schulenburg, weil abwesend, alle hauptamtlichen Gewerkschafter verhaftet. Auch Wilhelm Nies kam für 2 Monate in „Schutzhaft“ ins Bezirksgefängnis Karlsruhe (Riefstahlstraße). Als ehemaligem Gewerkschaftskassierer war ihm noch zusammen mit DMV-Sekretär Ferdinand Rausch, die „ordnungsgemäße Übergabe“ des Gewerkschaftsvermögens an die DAF (Deutsche Arbeitsfront) übertragen gewesen und danach wurde er „ordnungsgemäß“ offiziell zum 4.7.1933 vom nun nicht mehr existierenden DMV entlassen. Nach seiner Entlassung war er arbeitslos und musste von Fürsorgeleistung mit weniger als 20,- RM die Woche leben.

Am 18. Mai 1939 kam die Gestapo zu ihm in die Wohnung und verhaftete ihn. Nies geriet in die Verhaftungswelle, die in Vorbereitung des längst geplanten Krieges viele ehemalige „Politische“ betraf, selbst wenn sie, wie er, lange nicht mehr „auffällig“ gewesen waren. Weil Nies dabei noch in seiner Wohnung den Gestapobeamten Nagel mit der Aufforderung zum Zeigen des Ausweises erzürnt hatte, schlug dieser ihn mit seinem Pistolengriff und brach ihm dabei das Nasenbein. Abermals verbüßte Nies eine „Schutzhaft“ im Karlsruher Gefängnis, bis zum 18. Juni 1939. Doch diesmal wurde er aus der Riefstahlstraße unmittelbar in das KZ Buchenwald verbracht, von dort im März 1940 nach dem KZ Mauthausen, aus dem er im August 1941 nach Dachau kam.

Am 10. Juni 1945 nach Karlsruhe zurückgekehrt, attestierte ihm 10 Tage später der bekannte Weiherfelder Arzt Dr. Friedrich Kappes einen schlechten Ernährungszustand, fehlende Zähne im Oberkiefer, schlecht verheilte Brüche am unteren Schienbein mit erheblichen Gehbehinderungen sowie ein geplatztes linkes Trommelfell. Außerdem gab er an, einen seelisch schwer mitgenommen, depressiven Menschen vor sich zu haben. Nies hatte die KZ-Haft unter den schlimmsten Bedingungen überstanden. Im März 1940 war er in Buchenwald zum Kapo in einem Bauzug bestimmt worden. Darunter befanden sich körperlich vollständig erschöpfte jüdische Häftlinge, deren von ihnen zu schiebenden Wagen er nicht voll beladen ließ. Daraufhin war er von SS-Wachleuten geschlagen worden, und dabei war das Trommelfell zerrissen worden. Im KZ Mauthausen war er im berüchtigten Steinbruch und musste mit Mithäftlingen bis 10 Zentner schwere Steine schleppen, unter Schlägen der Wachmannschaft und nichtpolitischer Kapos. Für das Abgeben vom eigenen Essen an einen Kameraden erhielt er nach Meldung 25 Stockschläge auf das Gesäß zur Strafe. Auch die oft eingesetzte Strafe von 1 Stunde Aufhängen mit Ketten am Handgelenk musste er zweimal erleiden. Fast invalide wurde er am 15. August 1941 nach dem KZ Dachau verlegt, wo am 24. August 1942 bei einem Arbeitsunfall in einem Außenkommando beim Fernheizwerk Dachau eine Unterschenkelfraktur erleidet. Unter den schlechten Bedingungen heilt der Bruch nicht richtig aus, 26 Wochen im Gips in der Krankenbaracke bewahren ihn möglicherweise aber vor noch Schlimmerem. Im Winter 1942 hatte er sich vom Abfallplatz Altpapier besorgt zum Ausstopfen seiner Schuhe und war dafür gemeldet worden: eine Stunde „Baum“, d.h. Aufhängen an Handgelenken mit Rücken nach oben ohne Fußstütze. Körperlich vollkommen zerrüttet, er wiegt noch 48 kg gegenüber seinem Normalgewicht von 76 kg 1939, erlebte er die Befreiung von Dachau durch die US-Armee;

wegen der Typhusgefahr konnte er erst am 10. Juni 1945 aus der Quarantäne entlassen werden.

Die 1. Ehe, aus der vier Kinder stammten, war vonseiten der Ehefrau während seiner KZ-Haft 1940 geschieden worden, 1946 heiratete er abermals und hatte mit seiner 26 Jahre jüngeren Partnerin zwei weitere Kinder.

Trotz seiner angegriffenen Gesundheit, gehörte Wilhelm Nies zu denjenigen politisch Verfolgten, die sich um die Soforthilfe für die politisch Verfolgten und zurückkehrenden KZ-Häftlinge kümmerten und dazu eine Vereinigung organisierten. Im September 1945 meldete er für den „vorläufigen Ausschuss“ über die städtische Verwaltung bei der Militärregierung die „Freie Vereinigung, Bund ehemaliger Konzentrationäre Karlsruhe und Umgebung“ zur Lizenz an. In der eingereichten Satzung war das Vereinsziel auf die „politischen Häftlinge“ festgelegt, „die während der Hitler-Zeit durch die Nazi-Justiz und Gestapo-Willkür ihrer persönlichen Freiheit beraubt wurden und infolgedessen schwere körperliche und seelische Schädigungen erlitten haben.“ Als „wichtigste Aufgabe“ war festgehalten, „das Streben nach Wiedergutmachung und Entschädigung der in den KZ-Lagern erlittenen Sach- und Körperschäden; auch die Angehörigen der in den KZ-Lagern Verstorbenen sollen mit erfasst werden. Der Bund vertritt die Interessen einer Mitglieder auf absolut neutraler Grundlage unter Ausschluss aller parteipolitischen und religiösen Beeinflussung.“ Erst am 6. Januar 1946 konnte schließlich die öffentliche Gründungsversammlung der sich nun „Bund ehemaliger politischer KZ-Leute (und politisch Verfolgter) Karlsruhe und Umgebung“ – Namenszusatz seit März 1946 – nennenden Vereinigung erfolgen. Dies war die Vorläuferorganisation der VVN, der Karlsruher Bund war Bestandteil des auf Landesebene seit März 1946 bestehenden „Landesausschuss Württemberg-Baden der politisch Verfolgten des Naziregimes“, aus dem auf der Interzonenkonferenz vom 15.-17. März 1947 in Frankfurt a.M. die VVN – „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ hervorging, worauf der „Landesausschuss“ auf seiner Konferenz am 17. Mai in Stuttgart diesen Namen annahm und seine Vertretung im Rat der VVN nahm.

Wilhelm Nies war zugleich auch Gewerkschafter der ersten Stunde und bei der Wiedergründung der Gewerkschaften in Karlsruhe im August 1945 dabei und konnte seit März 1946 für den Industrieverband Metall als Vorläufer der Gewerkschaft IG Metall (Oktober 1948) im ADGB (Oktober 1949: DGB). Seine Metallgewerkschaftsadresse Erbprinzenstraße 31 war zugleich die Anschrift des Bundes ehemaliger KZ-Leute. Wegen dieser Doppelbelastung gab Nies auf der Mitgliederversammlung am 23. Juni 1946 den Vorsitz der Vereinigung der Verfolgten an den Rechtsanwalt Dr. Franz August Hoffmann (SPD) ab.

Quellen/Literatur: Landesarchiv Baden-Württemberg - GLA 480/1183; Stadtarchiv Karlsruhe 1/H-Reg 2004 und 1/BezVerwAmt 55; VVN-BdA-Archiv im Hauptstaatsarchiv Stuttgart Nr. 91 und 199; Wolfgang Glaeser: Unser die Zukunft. Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Karlsruhe 1845-1952. Hrsg. Von der Industriegewerkschaft Metall, Verwaltungsstelle Karlsruhe. Heilbronn 1991.

Otto Schneider

geboren am 4.8.1914 in Karlsruhe, gestorben am 24.5.1995 in Karlsruhe

Otto Schneider wurde 1914 als Sohn eines Einzelhandelskaufmanns, der ein Feinkostwarengeschäft in Daxlanden führte, geboren. Daxlanden mit einem hohen Arbeiteranteil in der Wohnbevölkerung galt in der Weimarer Republik als „rotes Nest“. Die SPD erreichte dort in einem Wahlkreis bei der Reichstagswahl 1930 fast 53 %, die KPD weit über ihrem Karlsruher Durchschnitt nahezu 15 % der Wählerstimmen. Bereits als Jugendlicher war Schneider 1926 in den zur Arbeitersportbewegung zählenden Daxlander Kraftsportverein (Ringen, Stemmen, Tauziehen, Weitwerfen, Pyramidenbau, Fußballabteilung), den „1. Ring- und Stemmclub“ eingetreten. Der langjährige Vereinsvorsitzende war der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Hermann Müller-Würtz (1933 mutmaßlich von Nazis ermordet, seine Leiche wurde in den Altrhein bei Altrip geworfen). Schneider betätigte sich mit großem Ehrgeiz im Ringen und errang dabei 1932 und 1933 badische Meistertitel, 1932 wurde er zum Jugendleiter im Verein bestimmt. Als der Verein 1933 gleichgeschaltet wurde, erhielt er den sinnfälligen Namen „Deutsche Eiche“ (heute „Athletik-Sportverein Karlsruhe Daxlanden 1921“). 1931 noch bescheinigte das katholische Stadtpfarramt dem 17-jährigen, der nach Abschluss der Volksschule seit 1929 eine kaufmännische Lehre absolvierte, „Tadellosigkeit“, „Als Kind war er sehr brav und gefällig; auch in der Schule war er bei uns stets willig und fleißig und gab nie Anlass zur Klage. Nach der Schulentlassung hat er die Verbindung mit uns stets aufrechterhalten, besuchte regelmäßig an Sonntagen die Christenlehre, seine Aufführung war immer tadellos gewesen.“ Spätestens seit 1932 war Schneider Sympathisant bei der starken Daxlandener KPD-Ortsgruppe und ihrem Jugendverband KJVD. Nach außen blieb er Mitglied des gegen die freie Gewerkschaftsbewegung agierenden „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands“. Als im Jahr 1933 die Mutter verstarb, gab der Vater das Einzelhandelsgeschäft auf und pachtete die Gastwirtschaft „Waldhorn“ in Karlsruhe, in der der Sohn wie schon zuvor im elterlichen Geschäft mithalf.

Daxlandener und Grünwinkeler KPD-Aktivistinnen waren es insbesondere, die in der Anfangszeit nach der Machtübergabe 1933 für die Beschaffung illegalen Parteimaterials aus dem Elsaß und aus dem Saarland sorgten. Einer von ihnen, August Dosenbach wurde dabei in der Nacht des 20/21.10.1933 bei einem Kuriergang von der Polizei erschossen. Otto Schneider und sein Bruder Hermann hatten es unternommen, diese Materialien mit ihrem Motorrad an andere KPD-Gruppen in der Stadt und auch nach Forchheim weiter zu reichen. Darunter waren die örtliche „Trotz-Alledem-Rote-Fahne“, die „Inprekorr“, „die „Junge Garde“ und auch die Anleitung zur Untergrundarbeit „Richtlinien für den Aufbau der KPD“ etc. Schneider selbst holte die in einem Garten versteckte Stanze zur Herstellung von Flugzetteln mit „Hammer und Sichel“ hervor und produzierte in großer Zahl und gab sie weiter. Er konnte die Tarnung lange aufrecht halten. Obwohl wegen Verdacht „kommunistischer Umtriebe“ schon am 16. Juli und am 9. Oktober 1934 kurzzeitig in Haft genommen, wurde er wieder freigelassen, weil ihm nichts konkret nachweisbar war. Am 12. Dezember 1934 aber geriet er abermals in Haft. Im Daxlandener Schulhaus war eingebrochen und eine Schreibmaschine entwendet worden. Schneider wurde mitsamt anderen Parteigenossen festgenommen. Der Diebstahl, der zur Herstellung illegaler Flugschriften begangen worden war, konnte ihm nicht einmal nachgewiesen werden und mangels Beweisen wurde er sogar freigesprochen. Inzwischen aber hatte die Gestapo umfangreiches Wissen über das illegale Wirken verschiedener KPD-Zellen gewonnen und dabei auch Details zu Otto Schneiders Tätigkeit zusammen getragen. So blieb er nahtlos in Haft während der Voruntersuchung. Der Generalstaatsanwalt legte ihm zur Last, nach der Verhaftung des illegalen Karlsruher KPD-Leiters Clemens van Uehm am 7.3.1934 einen Teil der Leitungstätigkeit übernommen zu haben, Parteibeiträge in Daxlanden eingesammelt und weitergeleitet, zur Bildung einer illegalen KJVD-Gruppe gedrängt zu haben. Auch das Erscheinen und die weitere Verbreitung der seit 1933 erschienen illegalen „Trotz-Alledem-Rote-Fahne“ nach den anfänglichen Verhaftungen der Gruppenmitglieder habe er sichergestellt, habe dazu u.a. auch die Verbindung zu den Linkenheimer Kommunisten um Gustav Ritz sichergestellt, die den Druck eine zeitlang sicherstellten. Besonders zur Last gelegt wurde ihm die Verbindung

mit dem KPD-ZK-Mitglied Karl Hofmann in Mannheim, von dem er Instruktionen und Beiträge für die „Trotz-Alledem-Rote-Fahne“ und Flugblätter erhielt und ebenso zur organisierenden „Stelle“ in Strasbourg um den früheren KPD-Landtagsabgeordneten Robert Klausmann. Der Generalstaatsanwalt hielt in der Anklageschrift gegen ihn fest: „Schneider hat durch seine ständig wechselnden Angaben, durch Beeinflussung der Beschuldigten in dem Verfahren gegen Wilhelm Opel und Genossen und durch umfangreichen Kassiberverkehr die Aufklärung außerordentlich erschwert, teilweise sogar unmöglich gemacht.“ Er habe sich an „schwerwiegender und hervorragender Stelle für die Ziele der illegalen KPD betätigt.“ In dem Verfahren zusammen mit Adolf Schuler und Oskar Burgstahler wurde Schneider wegen seiner „leitenden Stellung“ bei dem „hochverräterischen Unternehmen“ im Oktober 1935 vom Oberlandesgericht Karlsruhe zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt. Die musste er teils in den Zuchthäusern Bruchsal, Ludwigsburg und auf dem Hohenasperg verbüßen. Am 23.11.1938 wurde er vom Zuchthaus Ludwigsburg nach dem Moorlager Aschendorff bei Papenburg verbracht. Bezeichnete Schneider später die Haft in den Zuchthäusern als hart aber hinnehmbar, so musste er im KZ-Lager schwere Misshandlungen erleben, Schläge mit dem Gewehrkolben, und er berichtete darüber, wie Aufseher auf ihre Notdurft verrichtende Häftlinge schossen. Ihm waren durch Misshandlungen einige Zähne ausgeschlagen worden. Die Rücküberstellung ins Zuchthaus Ludwigsburg am 8.1.1938 dürfte ihn vor dem Schlimmsten bewahrt haben. Aber sein körperlicher Zerfall ging weiter, Magen-Darm-erkrankt konnte er keine Nahrung mehr halten, musste ständig erbrechen. Hatte der gerade 1,67 m große Mann zu seiner „besten Zeit“ ohnehin nur 65 kg gewogen, so war er mittlerweile auf unter 40 kg abgemagert. Vom Zuchthaus wurde er für zwei Monate in die Universitätsklinik Tübingen gebracht und mittels Ernährung über Dünndarmsonde wieder in einen lebensfähigen Zustand gebracht, dann aber alsbald in die Haft zurück verlegt, da der behandelnde Klinik-Arzt den „Zuchthäusler“, den er in einem Arztbericht als „jugendlichen Draufgänger“ mit „burschikosem“ Verhalten bezeichnete, wieder in Sicherungsverwahrung wissen wollte. 1940 wurde Otto Schneider wieder entlassen. Er fand als kaufmännischer Angestellter eine Anstellung bei der Firma Hans Dieffenbacher im Rheinhafen, wurde dort schließlich Prokurist. Am 2.1.1943 aber erfolgte die Zwangseinberufung zum „Bewährungsbattalion 999“, einer Wehrmachtseinheit aus ehemaligen politischen und kriminellen Häftlingen. Nach der Ausbildung im Lager Heuberg kam die Einheit nach Griechenland auf den Peloponnes. Schneider musste Schikanen über sich ergehen lassen und Erschießung von Kameraden mit ansehen. Er selbst wurde dann zusammen mit anderen im Oktober 1943 als „nicht bewährt“ und „wehrunwürdig“ zurück nach Deutschland verfrachtet, im Viehwaggon nach Frankfurt a.M. gebracht, wo sie von SS-Männern empfangen, als „Landesverräter“ beschimpft und geschlagen wurden. Daraufhin wurde Schneider in das „OT“-Lager (Organisation Todt) bei Neu-Isenburg gebracht und mit „OT“-Kleidung versehen zu einem Lager nach St. Cloud in Frankreich gebracht. Tatsächlich war die „OT“-Kleidung nur Tarnung gewesen, musste abgelegt werden und weiter ging es in ein Arbeitslager nach Vicernes bei Lille. Zusammen mit Häftlingen aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden, der Sowjetunion und Deutschland mussten die Häftlinge Zwangsarbeit in einem Kalkbergwerk leisten. Schneider überstand die Strapazen und als er später in der Schreibstube des Lagers eingesetzt war, gelang ihm eine abenteuerliche Flucht mit gefälschten Papieren. Schließlich versteckte er sich im Haus der Frau eines KZ-Kameraden aus dem „Battalion 999“ bei Strasbourg auf dem Dachboden bis zur Befreiung am 23.11.1944. Als Reichsdeutscher wurde er aber zunächst einmal interniert, so dass er erst im Herbst 1945 nach Karlsruhe zurückkehren konnte. Hier begann er erst einmal wieder in der väterlichen Gastwirtschaft mitzuarbeiten, ehe er in einer Elektrofirma Arbeit fand und 1946 von der Militärregierung als Treuhänder der Firma Rausch in Hagsfeld eingesetzt wurde. 1947 nahm er eine Stellung im Sekretariat der CSS - Centre Sanitaire Suisse, einer Schweizer Hilfsorganisation für ehemalige politische Häftlinge, die eng mit der VVN kooperierte, bzw. ihrer deutschen Sektion SAS (Süddeutsche Ärzte- und Sanitätshilfe an. Seine Hoffnung 1949 auf eine Anstellung beim Statistischen Landesamt erfüllte sich nicht. So versuchte er sich als selbständiger Gastwirt, ab 1955 als Spirituosenvertreter. 1947 hatte Otto Schneider geheiratet, aus der Ehe ging ein Kind hervor. Mit seiner Ehefrau übernahm er ab 1969 den Kiosk am Marktplatz. Gesundheitlich war Otto

Schneider aber bereits seit seiner Zuchthausstrafe angeschlagen. Jahrelang musste er um die Anerkennung der Erkrankung als Folge der politischen Haft kämpfen und prozessieren. Noch nicht einmal 60 Jahre alt machten ihm immer stärkere Konzentrationsschwächen zu schaffen. Wegen seiner beruflichen Anspannung lehnte er die Übernahme einer verantwortlichen Tätigkeit in der VVN stets ab, trotzdem gehörte er immer zu den Aktiven und so 1972 auch zu den innigsten Befürwortern der Erweiterung der VVN zum Bund der Antifaschisten; für kurze Zeit war er VVN-BdA-Kreisvorsitzender zusammen mit Dietrich Schulze als Stellvertreter. Er engagierte sich, soweit es seine Gesundheit zuließ. 1983 wandte er sich mit vier anderen ehemaligen Karlsruhern Widerstandskämpfern, Karl Wagner, Karoline und Karl Frei sowie Max Leopold in einem Aufruf gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss an die Öffentlichkeit. Im Dezember 1984 unterzeichnete er zusammen mit 20 weiteren ehemals politisch Verfolgten und Widerstandskämpfern bzw. deren Lebensgefährtinnen einen Offenen Brief an den Eigentümer der Badischen Neusten Nachrichten (BNN), Hans Baur, in dem unter Berufung auf das Grundgesetz gegen eine seit 10 Jahre bestehende Diskriminierungsverfügung gegen die VVN-BdA protestiert wird, und fungierte dabei als Kontaktadresse. In seinen letzten Jahren war ihm keine politische Aktivität mehr möglich. Otto Schneider starb nach zuletzt schwerer Pflegebedürftigkeit 1995.

Quellen/Literatur: Landesarchiv Baden-Württemberg – GLA 480/701; VVN-BdA-Archiv im Hauptstaatsarchiv Stuttgart Nr. 240; Koch, Manfred: Weimarer Republik, „Drittes Reich“, Widerstand, Verfolgung, in: Daxlanden. Die Ortsgeschichte. Hrsg. Vom Bürgerverein Daxlanden. Karlsruhe 2007, S. 299-314.

Hellmut Stutz

geboren am 30.11.1914 in Mannheim-Neckarau, gestorben am 4.7.1994 in Karlsruhe

Der Vater war Schlosser, Sozialdemokrat und örtlicher Gewerkschaftsvorsitzender, ebenso war die Mutter aktiv in der SPD. 1929 zog die Familie von Mannheim nach Karlsruhe, Hellmut Stutz besuchte die Kant-Oberrealschule und legte dort 1934 sein Abitur ab. 1930 war er Vizevorsitzender der örtlichen sozialdemokratischen Jugend, der SAJ (Sozialistische Arbeiterjugend) geworden und nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten in der Schule zusammen mit einem halben Dutzend Klassenkameraden durch ostentative Ablehnung aufgefallen. Sie verweigerten das Singen des Horst-Wessel-Liedes und den „Deutschen Gruß“ und verließen das Schulorchester. Ihre Haltung war offensichtlich ursächlich dafür, dass Stutz ebenso wie den anderen trotz Abitur die seinerzeit zusätzlich anzuerkennende Hochschulreife nicht gewährt wurde. Stutz konnte sein Ziel eines Volkswirtschaftsstudiums nicht umsetzen und absolvierte eine kaufmännische Lehre bei einer Lebensmittelgroßhandlung in der Wielandstraße in der Südstadt, bei der er schließlich mit Unterbrechungen bis zur Berentung tätig sein sollte. Trotz seines jugendlichen Alters gehörte Stutz nach der Verhaftung und Ausschaltung der ersten SPD-Widerstandsgruppe um Friedrich Weick, Theodor Kunz, Richard Zöller u.a. ohne Wissen der Eltern zum zweiten illegalen Netz, das die Organisationsarbeit der SPD weiterführte. Der Vater, inzwischen Beamter im Gewerbeaufsichtsamt, hatte sich 1933 aus der Politik zum Schutz von Arbeitsplatz und Familie zurückgezogen. Verbindung ergaben sich durch Kontakte zur SPD-Gruppe in Mannheim um den ehemaligen Landtagsabgeordneten Georg Reibold und den Mannheimer Stadtverordneten Jakob Ott als Organisatoren und Unterverteiler um die Brüder Albert und Hermann Erny, Willi Lange u.a. Von Basel aus bezogen sie verbotene Schriften wie das Periodikum „Sozialistische Aktion“, auch Tarnschriften wie „Die Kunst des Selbstrasierens. Neue Wege männlicher Kosmetik“, welches aber tatsächlich das Prager Manifest des SPD-Exilvorstandes „Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus“ beinhaltete. Mit diesen Schriften hielten sie als interner Lesekreis mit vermutlich bis zu 20 Adressaten die SPD-Organisation im Verborgenen aufrecht. Stutz stellte darüber hinaus nach Feierabend auf Firmenmatrizen Aufrufe gegen den Hitlerfaschismus her und verteilte sie an Telefonzellen, Briefkästen und auf Spazierwegen. Ein 17-jähriges Mitglied des illegalen Kreises hielt offensichtlich nicht dicht und die Verteilergruppe flog auf. Stutz wurde zusammen mit den Brüdern Erny, Willi Lange, Hermann Walter und Karl Konz – alles wesentlich ältere und gestandene SPDler seit mindestens 1913 - vor dem Oberlandesgericht Karlsruhe wegen Vorbereitung zum Landesverrat angeklagt. Als noch Minderjähriger wurde der 20-jährige Stutz zu 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis verurteilt, die Strafe saß er abzüglich U-Haft bis zum 3.2.1937 im Gefängnis Mannheim ab, danach stand er unter Polizeiaufsicht. 1942 heiratete er, aus der Ehe ging 1945 ein Sohn hervor. Einer Zwangsrekrutierung 1943 zur „Organisation Todt“ entging er durch Verstecken und fortan lebte er illegal von Ende 1944 bis zur Befreiung in Bad Liebenzell. Nach der Befreiung übernahm er die Leitung des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes in Karlsruhe, ließ sich aber von dieser so empfundenen Bürde entbinden. Eine Angestelltentätigkeit in seiner alten Firma zog er der 1949 nur kurz versuchten selbständigen Bezirksvertreterexistenz vor. Von 1946 bis 1950 war er SPD-Stadtrat. Hellmut Stutz war bereits in der örtlichen Vorläuferorganisation der VVN, dem „Bund ehemaliger politischer KZ-Leute (und politisch Verfolgter) Karlsruhe und Umgebung“ aktiv, versah dort das Amt des Rechnungsprüfers und nach 1949 das des Kassierers; bei seinerzeit rund 700 Mitgliedern (1951: 667) eine zeitintensive Aufgabe. Nach dem Tod von Berthold Riedinger 1964 übernahm er an dessen Stelle den Kreisvorsitz in einer schwierigen Zeit, als über der VVN nach wie vor die Verbotsdrohung stand und in Karlsruhe nur wenige VVN-Mitglieder zur Übernahme von Verantwortung bereit waren. 1950 war er aus der SPD ausgeschlossen worden und hatte sein Stadtratsmandat verloren, da er trotz Druckes sich nicht dem 1948 vom SPD-Parteivorstand unter Kurt Schuhmacher gegen parteiinternen Protest durchgesetzten Unvereinbarkeitsbeschlusses gegen die VVN beugen wollte. Unter Stutz' Tätigkeit beteiligte sich der VVN-Kreis Karlsruhe an den Ostermärschen, war aktiv in der „Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Friedensverbände“ zusammen mit der DFG (Deutsche Friedensgesellschaft), IDK (Internationale der Kriegsdienstgegnern), NFJ

(Naturfreundejugend), SDS (Sozialistischer Deutscher Studentenbund) und dem Freundeskreis des Deutschen Widerstandes, baute 1963 den Kontakt zur französischen F.N.D.I.R.P (Fédération Nationale des Déportés et Internés, Résistants et Patriotes) in Nancy, auf. Mit dem Freundeskreis des deutschen Widerstandes aus oppositionellen Studierenden und SchülerInnen der frühen außerparlamentarischen Opposition in Karlsruhe, die sich konkret mit dem Auschwitz-Prozess in Frankfurt a.M. befassten, fand eine Veränderung um die VVN statt, die die spätere organisatorische Änderung zur VVN-BdA vorwegnahm. Nichtsdestotrotz organisierte Stutz das VVN-Innenleben nach alten Mustern und primär als Kameradschaftsverband. Nach Auseinandersetzungen um den politischen Anspruch der VVN wurde er schließlich nur noch 2. Vorsitzender Der Vorsitz wurde Karl Wagner übertragen. Wagner gebürtig in Künzelsau, war nach 12-jähriger Haft und Widerstandskampf nach Stuttgart, später nach Pforzheim und schließlich nach Karlsruhe gezogen. Er orientierte von Anfang an darauf, jüngere VVN-Mitglieder in die Leitungsarbeit der VVN-BdA einzubeziehen. Stutz trat 1972 von seinem Amt zurück, blieb der VVN aber bis zu seinem Tod 1994 verbunden. Ebenso bis zu seinem Lebensende trat er für den Freundeskreis der DFG/VK ein.

Quellen: Landesarchiv Baden-Württemberg - GLA 480/1786; VVN-BdA-Archiv im Hauptstaatsarchiv Stuttgart Nr. 52, 91, 98 und 240; Stadtarchiv Karlsruhe 8/Zgs.

Arthur Wiesemann

geboren am 26.12.1896 in Karlsruhe-Knielingen, gestorben am 17.09.1989 in Karlsruhe

Arthur Wiesemann blieb zeit seines Lebens mit Knielingen verbunden. Er absolvierte eine kaufmännische Berufsausbildung. In seinen jungen Jahren war er wegen Diebstahl mehrere Male mit dem Gesetz in Konflikt geraten. Mit seinem Eintritt in die KPD 1928 hatte sich später seine Persönlichkeit gefestigt. 1932 wurde er arbeitslos und gemäß der Sozialabbaupolitik in der Zeit der Weimarer Republik von der Unterstützungsleistung „ausgesteuert“. Er war sozusagen eines unter hunderttausenden Opfern, der über diese Frage der 1930 gescheiterten letzten demokratisch legitimierten Regierung unter Hermann Weber (SPD). Über die Frage der Arbeitslosenversicherung war die SPD-DVP-Koalition zerbrochen; die anschließenden Notstandsregierungen wurden zum Zwischenschritt auf dem Weg der Machtübergabe an den Hitlerfaschismus. Im März 1934 war er vorübergehend bei „Notstandsarbeiten“ beschäftigt. Arthur Wiesemann war verheiratet, Kinder waren keine vorhanden. Als aktives KPD-Mitglied ging er unmittelbar im März 1933 in die Illegalität. In seiner Dreier-Gruppe zusammen mit Albert Kropf und Walter Stauch sorgte er für die Übernahme von aus Frankreich über die Pfalz eingeschmuggelter KPD-Schriften und ihrer Verbreitung. Außerdem befand sich in seiner Wohnung eine Matrizen-Abzugsmaschine, auf der kommunistische Aufrufe hergestellt wurden, die Wiesemann wiederum an andere illegale Gruppen über „tote Briefkästen“ zum Verbreiten weitergab. Am 13. Juni 1934 wurde er verhaftet, das Oberlandesgericht Karlsruhe verurteilte ihn am 7.2.1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei 2 Jahren Gefängnis abzüglich 6 Monaten U-Haft verurteilte, die im Gefängnis Mannheim absitzen musste. Nach der Verbüßung am 7.8.1936 kehrte er nach Karlsruhe zurück. Nach erneuten Zeiten der Erwerbslosigkeit und längerer Phase von „Notstandsarbeit“ fand er im Juli 1937 Beschäftigung als kaufmännischer Angestellter beim „Kies- und Sandwerk Knielingen/Maxau-Rhein GmbH“ und blieb dort auch während des Krieges bis zum Ende im April 1945. Mit Beginn des Krieges wurde er exakt am 1. September 1939 in „Schutzhaft“ genommen, aus dem Gefängnis Karlsruhe wurde er am 27.9.1939 nach dem KZ Buchenwald verbracht. Dort wurde er am 20. April 1940 entlassen. Unmittel nach der Befreiung Karlsruhes durch französische Truppen am 3. April 1945 war die Stadtverwaltung den Erfordernissen der Zerstörung mit fehlender Infrastruktur gehorchend, in 16 Bezirke, zumeist nach Stadtteilen, organisiert worden, mit jeweils zunächst meist 6 und später, 1946, bis zu 20 MitarbeiterInnen. Dadurch gab es in Karlsruhe nicht - wie aus anderen Städten bekannt - einen so genannten Antifaschistischen Ausschuss. An der Spitze des zusammengefassten Bezirksverwaltungsamtes, das die notwendige Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen hatte, stand der frühere und im KZ Kislau inhaftierte Polizeidirektor August Furrer senior. Unter den 16 Leitern dieser einzelnen Bezirke befanden sich 13 Sozialdemokraten und 3 Kommunisten. Arthur Wiesemann, der sich bis zum KPD-Verbot für die Partei einsetzte, wurde Bezirksvorsteher für Knielingen. Nach Auflösung dieser Organisationsstruktur zum 1. Juli 1948 versuchte sich Arthur Wiesemann als selbständiger Fuhrunternehmer, konnte sich damit aber Mitte der 1950er Jahre nicht behaupten. Im höheren Alter versuchte Arthur Wiesemann, seine Erfahrung und sein Wissen aus der Zeit des Nationalsozialismus zu vermitteln. Zum Beispiel berichtete er in Interviews der VVN-Geschichtskommission 1978 mit Rolf Müller über die Umstände der Ermordung von August Dosenbach am 21.10.1933.

Quellen: Landesarchiv Baden-Württemberg – GLA: 480/3462; Stadtarchiv Karlsruhe 8/StS 17/106;